Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

25.3.1892 (No. 69)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe frei Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 36 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Ettlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 69. Freitag, den 25. März 1892.

? Staatsrath Eisenlohr und der Freiburger Stadtrath in der zweiten Kammer.

Staatsrath Eisenlohr hat ein ziemlich heftiges Temperament, dessen Zügelung ihm auch dann nicht immer gelingt, wenn er vom Ministertische aus die Regierung gegenüber der Volksvertretung zu vertreten hat. Dieser Umstand hat ihn in der zweiten Kammer schon mehr als einmal in unangenehme Situationen gebracht. So war es auch am 5. März, als über die Frage debattirt wurde, die Wasserkräfte des Rheines zu elektrischen Zwecken auszunutzen. Der Abg. Marbe brachte die Korrespondenz zur Sprache, die in dieser Angelegenheit zwischen dem Stadtrath Freiburg und dem Ministerium des Innern geführt wurde. Wenn er dabei nicht in der Lage war, dem letzteren Anerkennung und Dank auszusprechen, so trägt weder er selbst die Schuld daran, noch der Freiburger Stadtrath und dessen Chef, Oberbürgermeister Winterer. Staatsrath Eisenlohr nahm es indessen sehr übel und sprach im Unmuth wörtlich:

„Da ist nun allerdings am 15. Juli, also 5 Tage vor der Sitzung des Bezirksrathes, die Eingabe des Stadtrathes von Freiburg beim Ministerium des Innern eingekommen, in welcher auf 4 Seiten gesagt war, es erscheine doch vielleicht fraglich, ob es zweckmäßig sei, eine solche Konzession zu ertheilen. Ich gestehe, daß ich auf elektro-technischem Gebiete durchaus kein hervorragender Sachverständiger bin. Meine Sachkenntnisse werden sich hier nicht erheben über das Niveau des gewöhnlichen Publikums. Ich glaube aber die Ueberzeugung haben zu dürfen, daß der Regierung gerade so gute Berather zur Seite stehen, als dem Stadtrath Freiburg. Ich würde, wenn mir von Seiten des Stadtrathes Freiburg thatsächlich begründete, durch eingehende Vorlegungen begründete und motivirte Bedenken geltend gemacht worden wären, keinen Anstand genommen haben, in eine neue Prüfung der Sache einzutreten. Aber auf eine Eingabe, die absolut inhaltslos ist und nichts enthält, als die Behauptung, es sei vielleicht nicht angemessen, jetzt in dem Augenblick, wo auf die Frankfurter Ausstellung hingewiesen werde, diese Konzession zu ertheilen; auf dies hin aus von einem Beriug, der man mit der Schweiz eingegangen hatte, zurücktreten, alle die Verhandlungen für hinfällig zu erklären und die Sache auf's Ungewisse hinauszuschieben, dafür konnte ich die Verantwortung nicht übernehmen."

Das war eine fatale Nebelleistung, die mehr als einen Abgeordneten peinlich berührte. Wehe dem Herrn Staatsrath, wenn er nicht der „Minister" gewesen wäre, den die Nationalliberalen am meisten lieben. Es waren außerhalb der Kammer aus ihrer Mitte heraus harte Worte gefallen über das Verfahren des Ministeriums des Innern in dieser Sache. Dadurch hätte man meinen sollen, eine derartige Kritik des Vorgehens des Freiburger Stadtrathes würde als unberechtigte und rücksichtslose Herausforderung, die herbste Zurückweisung erfahren. Dem war aber nicht so, weil eben — Eisenlohr in Frage stand. Ohne alle Widerrede konnten die Herren auf nationalliberaler Seite es allerdings nicht hinnehmen, indessen waren sie darauf bedacht, ihrem ministeriellen Gönner nicht weehe zu thun. Dieses Bestreben trat nicht am wenigsten in der Rede des Abg. Rau zu Tage, der nach Eisenlohr zuerst zu Worte kam. Als Vertreter der Stadt Freiburg, war er der erstberufene Anwalt des angegriffenen Freiburger Stadtrathes. Dessen mußte er sich um so mehr bewußt sein, als der andere Vertreter Freiburg's durch Krankheit verhindert war, sich an den Kammerverhandlungen zu betheiligen. Dazu kommt der Umstand, daß er durch seine mehrjährige Stellung als Obmann des geschäftsleitenden Ausschusses mit der städtischen Verwaltung gewissermaßen verwachsen ist. Um so mehr muß man es als befremdend bezeichnen, daß er nicht in ganz anderer Weise dem angegriffenen Stadtrath das Wort sprach. Seine Vertheidigung desselben lautete wörtlich:

„Nun, m. HH.!, haben wir von einer Eingabe des Stadtraths in Freiburg Einiges gehört. Ich muß sagen: die Beurtheilung der Eingabe durch den Herrn Minister ist zu hart gewesen, besonders im Hinblick auf die Schlußworte der Eingabe, wo es doch heißt: man möge diese Eingabe in dem Sinne annehmen, wie sie gemeint ist.

Nun, m. HH.!, ich glaube auch, daß die Eingabe mehr dem Sinne nach zu beurtheilen war, als nach dem wörtlichen Inhalt. Der Gemeinderathsrath von Freiburg, der sich zur Aufgabe gemacht hat, dahin zu wirken, man möge die Sache verschieben, war mehr von dem Gesichtspunkt der Höhe eines staatspolitischen Urtheiles geleitet, als gerade von dem, daß man die Sache absolut hintertreiben solle. Aus persönlichen und mündlichen Erörterungen hat sich mir das klar ergeben. Es ist richtig, er ist in seinen Ausführungen wenig konkret geblieben; er hat die Sache mehr im Allgemeinen, innerhalb abstrakter, d. h. größerer, höherer Gesichtspunkte abzumachen gesucht und hätte mehr mit bestimmten technischen Vorschlägen hervortreten sollen. Aber dem Sinn nach hatte er sich weit von der Budgetkommission entfernt, deren Ansichten durch die seinigen gedeckt sind."

Im weiteren Verlaufe der Debatte merkte er, daß er den Moment nicht erfaßt hatte. Dazu kam noch, daß Eisenlohr so boshaft war, ihn als Zeugen dafür aufzurufen, daß er nicht zu weit gegangen sei. Um den üblen Eindruck einigermaßen auszugleichen, sprach er in Form einer „persönlichen Bemerkung folgendes:

„Ich möchte nur kurz eine berichtigende Bemerkung machen. Der Herr Staatsrath hat meine Bemerkung so aufgefaßt, als ob ich gesagt hätte, die Eingabe sei mangelhaft. Ich habe nur gesagt, sie enthalte der Aufstellung von bestimmten Vorschlägen. Ich wünschte nicht, daß dies unberichtigt in's Land hinausgehe, denn ich halte mich auf den Standpunkt der Eingabe."

Ungleich mehr als der nationalliberale Vertreter Freiburg's nahmen die Abgg. Fieser und Gönner des ungerecht angegriffenen Stadtrathes von Freiburg sich an. Allein auch sie waren sichtlich bestrebt, den Herrn Eisenlohr nicht zu schonen, als den Herrn Oberbürgermeister von Freiburg zu vertheidigen.

Eine ganz andere Seite schlug der Abg. Marbe an, der mit Energie und Wärme wie auch mit Erfolg den ihm persönlich und politisch sehr fernstehenden Stadtrath seiner Heimathstadt vertheidigte. Ihm schloß sich der Abg. Wacker an, der wörtlich folgendes sprach:

„M. HH.! Es war nicht meine Absicht, in diese Debatte einzugreifen und ich beschränke mich auch auf wenige Worte. Ich lasse die Frage ganz bei Seite, ob die Regierung nach allen Richtungen hin praktisch richtig und staatsrechtlich korrekt gehandelt hat. Jedenfalls wird sie das Zeugniß in Anspruch nehmen können, daß sie opportun handelte und das Richtige treffen wollte. Die spezielle rechtliche Frage kann man den Herren Juristen zur Behandlung überlassen.

Ich glaube nun, daß in einer Angelegenheit wie die vorliegende im ersten Stadium derselben der Kritik große Zurückhaltung anzuempfehlen ist, namentlich wenn sie die Richtung des Tadels einnehmen will. Auch das darf die Regierung für sich in Anspruch nehmen.

Unerläßlich ist aber auch geltend zu machen, daß, wenn von dieser oder jener Seite warnend, belehrend oder bittend Vorschläge gemacht, wenn Bitten vorgetragen werden, ihnen mit einem gewissen Wohlwollen entgegengetreten wird und daß auch der Kritik solcher Bitten bestimmte Schranken auferlegt werden.

Und diesen Gesichtspunkt hat der Vertreter der Regierung, der bis jetzt allein über diese Frage gesprochen hat, nach meinem Dafürhalten zu stark außer Acht gelassen. Es hat der Herr Kollege Rau seine Kritik der Eingabe, welche der Oberbürgermeister von Freiburg der Regierung unterbreitet hat, als „hart" bezeichnet. Dieser Kritik ist von dem Herrn Abg. Marbe entgegengetreten worden und die Herren Gönner und Fieser haben das Gleiche gethan. Ich muß gestehen: mich, obwohl ich dem Oberbürgermeister von Freiburg so fern stehe wie dem Vertreter der Regierung, hat diese Kritik sehr verletzt. Sie ist in meinen Augen nicht blos „hart": sie ist in meinen Augen ungerecht und sie ist sehr leicht. Der Herr Abg. Marbe hat Anlaß genommen, einige Stellen aus der betreffenden Eingabe zu verlesen und wir werden Alle unter dem Eindruck gestanden sein, daß Angesichts solcher Stellen das Urtheil: „absolut inhaltslos" an sich schon unheimlich unbegreiflich erscheinen muß. Dann kommen die besonderen Umstände dazu: der Herr Oberbürgermeister von Freiburg — das darf man wohl mit Fug und Recht sagen — war der Erste auf dem Plan. Welche Berather und Sachverständige ihm zur Seite gestanden haben, wissen wir nicht. Das liegt ja auf der Hand, daß es keine Stelle im Lande geben kann, welche so sehr in der Lage ist, die geeigneten Berather und Sachverständigen, die im Lande überhaupt aufzufinden sind, sich zur Seite zu stellen, als die Regierung. Sie ist dazu förmlich verpflichtet und die Volksvertretung hat noch wie gestern, die nöthigen Mittel zu gewähren. Also schon nach dieser Richtung hin hat die Regierung der Stadt Freiburg und ihrem Oberbürgermeister gegenüber sehr viel voraus. Aber der Herr Oberbürgermeister von Freiburg hat denn doch — ob von sich aus oder auf Grund der Gutachten von sachkundiger Seite, bleibe dahingestellt — Gesichtspunkte geltend gemacht, welche aller Beachtung werth sind und welche auch die Budgetkommission sich zu eigen gemacht hat. Ich weiß nicht, ob die sachkundigeren Herren in der Kommission einer Anregung des Herrn Oberbürgermeisters bedurft haben. Aber thatsächlich ist der Herr Oberbürgermeister von Freiburg vorausgegangen. Er war — ich wiederhole es — der Erste auf dem Plan. Und wenn seine Eingabe die Kritik verdient: „absolut inhaltslos", dann, m. HH., steht es fatal mit dem Standpunkt der Budgetkommission, wie er hier in diesem Berichte zum Ausdruck gekommen ist, wenn theilweise doch er sich vollständig mit dem, was der Herr Oberbürgermeister von Freiburg der Regierung gegenüber geltend gemacht hat. Ich schließe damit, m. HH., daß ich sage: ich glaube, es ist sehr am Platze, der Kritik des Regierungsvertreters gegenüber ein anderes Wort entgegenzusetzen. Ich glaube, der Herr Oberbürgermeister von Freiburg hat Anspruch auf den Dank der badischen Volksvertretung; er hat sich um das badische Land verdient gemacht. Und wenn wir von ihm gar nichts wüßten, als sein Auftreten in dieser Frage im ersten Stadium derselben, dann wäre es schon hinreichend, um von ihm zu glauben, daß er mehr als dieser oder jener Anderer zu höheren Aufgaben den Beruf hat als zu der Aufgabe eines Oberbürgermeisters von Freiburg."

Nunmehr hat der Freiburger Stadtrath die von Staatsrath Eisenlohr so auffällig kritisirte Eingabe in ihrem Wortlaut veröffentlicht wie auch eine Skizze der von ihm mit dem Ministerium des Innern gepflogenen Verhandlungen. Es heißt da zunächst:

„1. Eine erste orientirende Besprechung zwischen dem zuständigen Mitgliede der Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues und dem Generalsekretär des Gemeinderathes hat bereits im März 1891 stattgefunden.

2. Im April und Mai 1891 wurden Erhebungen über die auf Monopolisirung der Wasserkräfte gerichtete Agitation in der Schweiz gemacht.

3. Am 3. Juni 1891 beschloß sodann der Stadtrath eine Eingabe an die Großh. Oberdirektion zu richten:

Die Verfügung über die Wasserkräfte des Rheins solle in der Hand des Staats gesichert bleiben und die Ueberlassung derselben auf unabsehbare Zeit an die Privatspekulation solle verhindert werden.

Berührt wurde die Mittheilung der öffentlichen Blätter, daß eine schweizerische Gesellschaft die Konzession zur Ausbeutung der Kräfte bei Laufenburg erhalten habe.

Die Bitte ergeht auf Mittheilung der Konzessions-Bedingungen; ebenso die Anfrage, ob beabsichtigt ist, die ganze Frage im gesetzgeberischen oder Verwaltungswege zu regeln.

4. Die Antwort erfolgte am 12. Juni 1891: Nicht für Laufenburg, sondern für das Werk bei Rheinfelden werde demnächst die Konzession durch den Bezirksrath Säckingen ertheilt werden. Man hoffe dem Stadtrath l. Z. die Bedingungen mittheilen zu können, welche mit einer schweizerischen Kommission z. Z. entworfen werden. Außerdem sei eine Konzession für die Ausnützung der Rheinwasserkräfte bei Birsfelden in Vorbereitung. Eine gesetzliche Regelung sei unwahrscheinlich.

5. In der Sitzung vom 24. Juni ersuchte der Stadtrath den Vorsitzenden, er möge in Karlsruhe mit dem Referenten des Ministeriums über die gedachte Frage in Verhandlung treten.

6. In der Sitzung vom 1. Juli 1891 berichtet der Vorsitzende über diese persönlichen Verhandlungen, wobei mitgetheilt wird, daß die Konzessionsurkunde schon in den letzten Tagen abgegangen sei.

Weiter veranlaßt durch die anhaltend günstig lautenden Nachrichten über die Ergebnisse der Frankfurter Ausstellung (Lauffener Uebertragung) wurde nun eine Vorstellung an das Großh. Ministerium des Innern selbst beschlossen und hierüber entsprechende Ankündigung in den officiellen Stadtrathssitzungen veranlaßt."

Daran schließt sich die Mittheilung eben dieser Eingabe, die Staatsrath Eisenlohr so herb kritisirt hatte. Dann heißt es in der stadträthlichen Publikation weiter:

„7. 6. Juli 1891. Telegraphische Anfrage beim Großh. Bezirksamt in Säckingen: „Ob die Rheinfelder Wasserangelegenheit auf die nächste Tagesordnung des Bezirksraths gesetzt sei?" — Antwort: „Nein." Die Akten seien noch nicht da.

8. 10. Juli 1891. Bericht des Stadtrathes an das Großh. Ministerium des Innern. Der Bezirksrath, welcher nur der gesetzliche Kooperator für die Wahrung der Interessen eines kleinen Bezirkes sei, könne doch nicht über eine Frage, wie die der Ausbeutung der Kräfte des Rheins, also eines Nationaleigenthums im höchsten Sinne, entscheiden. Eine Entscheidung im jetzigen Moment sei gefährlich; man bitte, die beantragten Erhebungen abzuwarten.

Die traurige Gesellschaft habe kein Recht auf sofortige Zusage.

Es wird Vertagung beantragt. Eventuell mögen solche Bedingungen aufgenommen werden, daß jede beliebige große Wasser-Entnahme oberhalb und unterhalb der konzessionirten Stelle ermöglicht sei.

9. 10. Juli 1891. Das Großh. Bezirksamt-Säckingen theilt mit, daß Tagfahrt am 20. Juli stattfinde.

10. 15. Juli 1891. Bericht des Stadtraths an das Großh. Ministerium des Innern: „Wiederholung des früheren Antrags. Anfrage: ob eventuell beim Großh. Bezirksamt Säckingen Anträge gestellt werden sollen?"

11. 16. Juli 1891. Antwort des Großh. Ministeriums des Innern auf die Berichte vom 10. und 15. Juli: „Der Stadtrath möge sich an den Bezirksrath wenden."

12. 17. Juli 1891. Antrag auf Vertagung eventuell Einsprache beim Großh. Bezirksamt Säckingen.

13. 18. Juli 1891. Der Erlaß des Großh. Ministeriums des Innern vom 10. Juli 1891 trifft ein, durch welchen im Wesentlichen nach den in der Kammer vorgetragenen Gesichtspunkten Antwort ertheilt wird.

14. 21. Juli 1891. Oberst Zschokke von Aarau als Vertreter der Konzessionäre erbietet sich zu Verhandlungen mit der Stadt Freiburg über Kostenbezug für sein Unternehmen.

15. 1. August 1891. Der Bezirksrath Säckingen weist die Einsprache des Stadtraths ab.

Im Sturme geläutert.

66) Von Philipp Laurent.

(Nachdruck verboten.)

Fortsetzung.

„Ich kann Ihnen hier keinen Kursus Theologia moralis halten, der ein halbes Jahr in Anspruch nehmen würde, aber ich kann gerade die Frage herausgreifen, welche uns hier besonders interessirt. Das christliche Gesetz sagt uns, daß wir Alle Kinder eines Vaters sind, berufen zu demselben ewigen Ziele, wiedererkauft durch dasselbe göttliche Blut, Alle Brüder, hören Sie, Herr, alle Brüder; daß wir also nicht verpflichtet sind, vor dem Einen im Staube zu kriechen, noch berechtigt sind, dem Andern auf den Nacken zu treten. Verstehen Sie, mein Herr, die Gleichheit, welche die Revolution in der Theorie proklamirt, und, nehmen Sie es mir nicht übel, in der Praxis mit Füßen tritt, ist eine Gabe Christi, der für Alle am Kreuze starb, und unser Aller Bruder sein wollte."

„Das ist eine erhabene Lehre," erwiderte nach einer Pause der Advokat. „Leider aber entspricht auch hier nicht die Praxis der Theorie. Ich sehe auch hier immer Einen über dem Andern stehen, und mit dem Papste verkehrt man in Formen, als ob die Menschen allerdings verpflichtet seien, vor Einem im Staube zu kriechen. Mir sagt Dieser: der Eine sei der Papst; Jener sagt, der Eine sei der König, ich finde darin keinen besonderen Unterschied."

„Entschuldigen Sie, mein Herr, es gibt in der Kirche keinen Unterschied der Personen. Schlagen Sie einmal das Heiligenregister auf, da werden sie Könige und Bettler, Kinder und Greise, Bürger und Soldaten, Päpste und einfache Gläubige, Jungfrauen und Witwen, kurz Leute aus allen Ständen, von jedem Lebensalter erblicken. Der Heiligenkalender ist eine fortwährende Proklamirung der Gleichheit aller Menschen vor Gott. Wenn nun unter den Menschen eine Ordnung, folglich auch eine Ueberordnung und Unterordnung besteht, so rührt das daher, daß Gott, welcher der einzige Herr unserer Aller ist, dies so gewollt hat. Von ihm rührt die Autorität; in ihm gründet sie. Wo hat denn sonst Einer Autorität über mich? Was ist er mehr als ein Mensch? Was bin ich weniger?"

„Herr Pfarrer, Sie werden revolutionär!"

„Nein, mein Herr! Man hat der Kirche allerlei menschenmörderische Tendenzen angedichtet, gegen welche die Revolution zu Felde ziehen mußte, und nun hören Sie erstaunt, daß Sie eigentlich gegen Windmühlen gefochten. Sie haben keine Ahnung davon, daß die Pariser Revolution unter falscher Flagge fährt. Unter der Flagge der Freiheit führt sie die empörendste Gewissenstyrannei, unter der Flagge der Gleichheit vernichtet sie die Autorität, um an ihre Stelle die Willkür ehrgeiziger Parteiführer zu setzen. Unter der Flagge der Philosophie wird sie Gott absetzen, und Satan wird in Paris seinen Thron aufschlagen. Ich sehe es kommen, wir stehen am Anfange der Dinge, nicht am Ende."

„Ich weiß es nicht," meinte Armand. „Ich sehe zwar allerdings nicht mehr so rosenfarbig in die Zukunft, und die Gewalt, welche man gegen die Priester übt, mag ich nicht billigen. Das sollte man dem Ringen der Geister überlassen. Aber das Alles bringt doch die Thatsache nicht aus der Welt, daß gerade die Kirche die festeste Stütze der Autorität ist."

„Aber nicht einer menschlichen. Es gibt keine Autorität, außer von Gott."

„Das kann im Grunde Jeder sagen, der solche übt."

„Mit Unterschied! Wenn er seine Autorität auf Gott zurückführt, so bekennt er damit sich und der Welt, daß er von sich aus keine Autorität besitze, und daß er sich in der Uebung seiner Autorität auch nach Gottes Gesetz richten müßte. Und dieses göttliche Gesetz schützt nicht nur seine Autorität, sondern auch meine Freiheit. Verstehen Sie!"

„In der Theorie," antwortete Brasier. „In der Praxis haben die Inhaber der Autorität sich als von Gottes Gnaden genannt und ihre Autorität sodann als eigenes Recht nach ihrer Willkür geübt. Was hat sich ein Despot wie Ludwig XIV., ein Wüstling wie Ludwig XV. um diese nur vom göttlichen Gesetze garantirte Freiheit gekümmert!"

„Sie sehen auch in der Praxis die Folgen davon;" fiel der Pfarrer rasch ein; „kein Mensch mehr will ihrer Gewalt unterworfen sein. Ihr Andenken haben sie dem Fluche, ihre Autorität der allgemeinen Mißachtung preisgegeben. Wie Gott über sie gerichtet, das vermögen wir nicht zu sagen."

„Sie erkennen also den Standpunkt der Revolution, wie Sie die gegenwärtige Lage nennen, als berechtigt an?"

„Ich erkenne die Thatsache als die logische Entwickelung des Vorausgegangenen an. Aber eine andere Frage ist, ob dieser Rückschlag gegen die Despotie nicht ebenfalls über seine Ufer bricht. Wenn die Revolution darauf gerichtet wäre, Gott in seine von dem Königthum mißachteten Rechte wieder einzusetzen, Bürgschaften zu gewähren gegen künftige Mißachtung des göttlichen Gesetzes, wenn zu diesem Behufe die königliche Gewalt beschränkt, ja selbst abgeschafft wurde, dann wäre es aber auch nicht Revolution, sondern die vielleicht gewaltsame Zurückführung der Gesellschaft auf die von Gott gesetzten Grundlagen, welche das revolutionäre Königthum verlassen hätte. Aber von der Wiedereinsetzung Gottes ist keine Rede . . . . ."

„Ich muß Sie wieder unterbrechen", meinte der Advokat lächelnd. „Ist denn die Gesellschaft im Stande Gott ab- und einzusetzen? Welche Stellung geben Sie denn eigentlich Gott? Sie machen ihn zum Packträger der Gesellschaft!"

„Ich bitte Sie, der Mensch kann freilich Gott nicht absetzen. Aber er kann sich darüber entscheiden, ob er seinem Gesetze folgen will oder nicht. Denn der Mensch ist frei. Aber den Folgen seiner Entscheidung kann der Mensch nicht entgehen. Und indem die von Gott angeordneten Folgen über den Menschen hereinbrechen, bleibt Gott immer Gott, und der Mensch hat dennoch die Freiheit ihn als Leitstern der Gesellschaft anzuerkennen oder zu verwerfen. Ich wundere mich in der That, daß die einfachsten Begriffe Sie so in Verwirrung setzen?"

„Ich habe eben Gott von dieser Seite noch sehr wenig betrachtet", antwortete der Advokat erröthend.

„Im Uebrigen ist unsere ganze Betrachtung eigentlich akademischer Natur. Die Verhältnisse sind wesentlich andere geworden. Nicht mehr das Königthum verhorrescirt Gott, sondern die in Paris vertretene Nation."

„Das ist die Lage", sagte Stofflet, indem er entschieden den Tabak in seiner Pfeife niederdrückte.

„Frankreich wäre ein Herz und eine Seele, wenn die Nationalverversammlung auf dem Boden des göttlichen Gesetzes stände. Was hat Ludwig XVI. gegen das Gesetz Gottes gethan, außer in sündhafter Schwäche gegen die Forderungen der Nationalversammlung? Wenn Sie das Königthum in seinem sittlichen Niedergang zeigen wollen, so kommen Sie immer auf Ludwig XV. zurück. Was hat denn Ludwig XVI. gethan, um Ihren Groll zu verdienen? Sie haben die Bastille gestürmt, und alle die scheußlichen Kerker haben Sie leer gefunden! Nicht einen politischen Gefangenen haben Sie befreien können, weil keiner da war."

Es handelt sich nicht um die Person des Königs, sondern um das Königthum.

„Ich bin darin sehr tolerant. Die Frage der Staatsform ist eine praktische Frage, namentlich eine Frage historischer Entwickelung. Da hat alles zwei Seiten, und der Mensch erkennt in aufgeregten Zeiten am besten die Lichtseiten dessen, was er nicht besitzt, und die Schattenseiten dessen, was er besitzt, da verlangt die Monarchie nach einer Republik und die Republik nach einem Monarchen. Jede Form hat ihre Vorzüge und ihre Nachtheile, und ich glaube, daß der Unterschied nicht des Blutes werth ist, welches um die Aenderung des Einen in das Andere vergossen wird. Aber ohne daß die Gesellschaft als dem Gesetze Gottes unterworfen sich erklärt, und danach handelt, kann sie in Freiheit nicht bestehen. Außerhalb des Gesetzes Gottes kann es eine verschiedene Form der Despotie geben; aber wenn Sie der Fahne der Freiheit zuhalten wollen, dann müssen Sie zur Fahne Gottes schwören; denn Gott allein kann Ihnen gebieten, die Freiheit Ihres Gleichen zu achten."

Der Advokat schwieg betroffen. Diese Spezies eines katholischen Priesters war ihm vollständig neu und unterschied sich sehr von allen denen, welche er im Kreise seiner Bekannten begegnet war. In eine Kirche kam er nie; und in den Salons vernahm er aus geistlichem Munde nur Spöttereien über Glaubenswahrheiten, die man belächelte und geistreich fand. Er hatte sich in den Gedanken hineingeriebt, daß der Unglaube die Voraussetzung der Freiheit sei. Ja, wenn er die Sache bei Licht betrachtete, so war eigentlich sein Haß gegen jegliche Unterdrückung das Hauptmotiv seines eigenen Unglaubens. Denn, wenn er sich die Wahrheit gestehen wollte, so schien ihm eigentlich die Welt mit ihren Gesetzen auf einen Schöpfer und Gesetzgeber hinzudeuten; einen strikten Beweis, daß es keinen Gott gäbe, hatte er nicht. Sein Unglaube galt mehr der vermeintlichen Lehre der Kirche über Gott und wurzelte in der Idee, daß die Kirche in Verbindung mit dem Throne jeden geistigen Aufschwung im Volke unterdrücke, und daß darin eigentlich der Wirkungskreis der von Königen und Priestern mühsam zusammengetragenen und im Laufe von Jahrtausenden immer raffinirter entwickelten Religion liegt.

(Fortsetzung folgt.)

16. 5. August 1891. Der Stadtrath beschließt den Rekurs, lediglich um den obersten Staatsbehörden noch eine Gelegenheit zur Berücksichtigung seiner Wünsche zu geben und um zu verhindern, daß die Rheinwasserkräfte im jetzigen Augenblick dem faktischen Privatbesitz überwiesen werden (der vorbehaltene Widerruf wurde vom Stadtrath jederzeit als illusorischer angesehen). Inzwischen habe der Regierungsrath des Kantons Schaffhausen den Beschluß gefaßt, Wasserrechtskonzessionen an Private nicht mehr abzugeben, um so später dem Kanton oder Bund das Monopol zu ermöglichen.

Um die Rekursbeschwerde aber auch auf positiven Rechtsboden zu stellen, behauptet der Stadtrath:

Nach Art. 24 des badischen Wassergesetzes und den §§ 17 ff. und besonders 21 der deutschen Gewerbeordnung sei ein vollständiger, mit dem dort näher genannten Garantieen versehener doppelter Instanzenzug für derartige Verhandlungen vorgeschrieben. Die untere Behörde müsse also eine eigene, selbständige Entschließung treffen. Hier habe die Oberinstanz schon in der ersten Instanz selbst entschieden und das Erkenntniß geradezu vorgeschrieben.

Leider stehe dem Stadtrath die verwaltungsgerichtliche Klage nicht zu, aber das Erkenntniß des Bezirksraths möge (als nichtig) aufgehoben werden.

Der Stadtrath theilt bei dieser Gelegenheit aufklärend mit, daß die während der ordnungsmäßigen Verhandlungen erfolgten öffentlichen Besprechungen dieser Sache in der Presse ohne sein Wissen und Zuthun erfolgt sind.

17. 28. August 1891. Abweisung des Rekurses durch Erlaß vom 26. gl. Monats.

Die Sache sei zur Entscheidung reif, eine Verschiebung nicht gerechtfertigt. Die angezogenen Gesetzesstellen seien kein Hinderniß für die Gesetzlichkeit des bezirksräthlichen Erkenntnisses.

Damit schließen die Verhandlungen mit der Gr. Staatsbehörde.

18. 20. Januar 1892. Der Stadtrath beschließt eine früher in Aussicht genommene Petition an die Kammern nicht einzureichen, nachdem bekannt geworden war, daß die Budgetkommission ohnedies im Wesentlichen auf den von Freiburg aus empfohlenen Standpunkt sich gestellt habe und weil man sich in dieser Frage auch jetzt in kein gegensätzliches Verhältniß zur Regierung stellen wollte."

Zum Schlusse wird gesagt:

„Daß der Stadtrath nach seiner ganzen Stellungnahme sog. Detailvorschläge technischer Natur weder machen mußte, noch konnte, dürfte ohne Weiteres klar sein. Doch — sei dem wie ihm wolle — das Wichtigste besteht nunmehr darin: daß der bewilligte Kredit nicht eingegrenzt zu Vorstudien für einen ausschließlichen sog. Feld-, Wiesen- und Gewerbekanal, sondern zum Studium der Frage „im Großen" verwendet wird: wie der Rhein und seine gewaltigen Kräfte in der weitgehendsten Weise für unser Land, dessen Kultur und Wohlstand nutzbar gemacht werden könne.

Vielleicht stellt es sich hierbei heraus, daß hier große Summen besser rentabel angelegt und jedenfalls segensreicher für das Land verwendet werden können, als dies bei manchen schon beschlossenen und noch zu beschließenden Unternehmen der Fall ist.

Im ganzen Lande erhofft man das, ganz besonders aber in Freiburg.

Man hat dort in den betheiligten Kreisen das rasch hingeworfene Wort des obersten Regierungsvertreters, dessen Geschäftsüberhäufung und aufreibende Thätigkeit landesbekannt sind, über den Werth des Vorgehens der Stadt nach der sofort erfolgten Richtigstellung überhaupt nicht allzu sehr zu Herzen genommen.

Erfüllt sich aber noch obige Erwartung, so wird man sich später sogar mit Genugthuung daran erinnern, daß etwas Gutes für das Land durch ein Vorgehen der Stadt erzielt worden ist, welches im ersten Augenblick maßgebendenorts als verspätet und inhaltslos angesehen worden war."

Diese Publikation des Stadtrathes Freiburg ist ein schlagender Beweis dafür, wie sehr die Abgg. Marbe und Wacker im Rechte waren, da sie denselben gegen die Eisenlohr'schen Angriffe in Schutz nahmen. Für Herrn Staatsrath Eisenlohr aber bedeutet die ganze Affaire fast noch mehr als eine „verlorene Schlacht."

Zur Krisis in Preußen.

Die Kanzlerkrisis wird langweilig. Zuerst wurde bestimmt versichert, daß der Kaiser in Hubertusstock bei der Anwesenheit des Grafen Caprivi in die Trennung des Reichskanzler-Amtes vom Ministerpräsidium gewilligt habe, hinterher scheinen aber der Ausführung die größten Schwierigkeiten sich entgegengestellt zu haben. Sicher ist, daß Graf Caprivi nach seinen jüngsten Erfahrungen von allen Beziehungen zum preußischen Staatsministerium losgelöst sein wollte, jetzt taucht der Plan auf, ihm das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu belassen, damit er Sitz und Stimme im Staatsministerium behalte und mit Weisungen versehen werden könne, wie er als Reichskanzler die preußischen Stimmen im Bundesrath abzugeben habe. Diese Lösung wird nunmehr auch offiziös empfohlen, würde aber zu einem dauernd befriedigenden Zustand nicht führen können. Zunächst würde dann der erste Beamte des Reiches in gewisser Beziehung der Untergebene des preußischen Ministerpräsidenten sein, aber wenn man selbst davon absähe, würde der Reichskanzler nur so lange eine erträgliche Rolle im Bundesrath spielen, als er sich in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der preußischen Minister befände. Fiele dagegen einmal die Weisung des preußischen Staatsministeriums gegen die Ueberzeugung des Reichskanzlers aus, so würde die Stellung des Letzteren unhaltbar sein. Es ist schlechterdings nichts möglich, als daß der Reichskanzler zugleich Ministerpräsident bleibe; wird indeß eine andere Lösung in der That beliebt, so hat man darin ein untrügliches Anzeichen zu erblicken, daß Graf Caprivi in naher Zukunft auch vom Reichskanzlerposten zurücktreten wird, was übrigens auch so wie so allgemein angenommen wird. Graf Caprivi hat, was in der Oeffentlichkeit nicht so bekannt geworden ist, mit derselben festen Ueberzeugung hinter dem Schulgesetzentwurf gestanden, wie Graf Zedlitz, und seine Rede gegen den Atheismus war eine wohlüberlegte Kundgebung seiner innersten Gesinnung, nicht eine Uebereilung, wofür sie meist von liberaler Seite angesehen wird. Nachdem auf dem kirchlichen Gebiete der Friede in der Hauptsache hergestellt ist, schwebte ihm der staatsmännische Gedanke vor, auch auf dem Schulgebiete einen dauernden Frieden mit der katholischen Kirche herzustellen und gesetzlich zu sichern, um konfessionellen Streitigkeiten möglichst vorzubeugen und damit den Zusammenhalt im Staate zu befestigen. Indem er seine Beziehungen zur preußischen Regierung aufzugeben sich entschloß, hat er zugleich die Hoffnung aufgegeben, daß diese Aufgabe in absehbarer Zeit befriedigend gelöst werden könnte. Wie nun auch die Entscheidung in der Krisis fallen wird — als Reichskanzler bleibt Graf Caprivi vorläufig gewiß, aber bald wird die Reichskanzlerkrisis von Neuem ausbrechen und eine endgiltige Lösung erfordern.

Die „Neuesten Nachrichten" schreiben auf authentische Information hin, daß die maßgebenden politischen Kreise Bayerns dieselbe sehr ernst nehmen. Die Entstehung und der Verlauf derselben sei nebelhaft und unbegreiflich. Die Krise sei für die Parteibildung im Reichstag und preußischen Landtag folgenschwer. Das stark enttäuschte Centrum werde zur Opposition getrieben, wodurch die Bildung einer zuverlässigen Mehrheit für die Regierung fraglich sei. Das Scheiden Caprivi's würden die befreundeten Mächte und die Bundesstaaten sehr lebhaft bedauern. Der Umschwung der Verhältnisse seit dem Abschluß der Handelsverträge sei kaum auszudenken. Caprivi's Bleiben werde noch immer erhofft, doch gelte als eventueller Nachfolger Graf Waldersee, trotz der Einwendung gegen ihn, daß er als Generalstabsoffizier die äußere Politik vom rein militärischen Standpunkt betrachte.

Das Wolff'sche Telegraphenbureau meldet: Der Reichskanzler Graf v. Caprivi ist heute (Mittwoch) früh 9 Uhr zum Kaiser nach Jagdschloß Hubertusstock gereist und bereits heute Nachmittag 4 Uhr nach Berlin zurückgekehrt. Ueber die Entscheidung der Krise ist noch nichts Bestimmtes bekannt geworden. In parlamentarischen Kreisen verlautet, der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, Graf Botho zu Eulenburg, habe sich zur Annahme des Ministerpräsidiums bereit erklärt. Bisher ist noch keinerlei Ernennung erfolgt. Beim Reichskanzler fand heute Abend ein größeres Essen statt, an welchem zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps, mehrere Minister, Bundesrathsmitglieder und andere hochstehende Persönlichkeiten Theil nahmen.

Der „Frankf. Ztg." wird telegraphirt: Der Kern der heute aufgetauchten neuen Kombinationen ist nach zuverlässiger Mittheilung folgender: Graf Eulenburg hatte als Ministerpräsident angenommen. Darauf erklärte Caprivi, daß er neben einem solchen Staatsmann nicht Reichskanzler bleiben könne; Eulenburg könne auch diesen Posten übernehmen. Da man aber Caprivi's Ausscheiden durchaus vermeiden will, so wird man jetzt vielleicht zu dem Auskunftsmittel greifen, daß Eulenburg verzichtet und Bötticher Ministerpräsident wird.

Deutschland.

Berlin, 23. März.

Der Kaiser bewilligte der „Schles. Ztg." zufolge 45,000 Mk. für die schlesischen Handweber, vornehmlich zur Beschaffung besserer Webstühle.

— Der „Reichsb." hatte neulich gegenüber den Gerüchten von einer 40-Millionenanleihe der Krone mitgetheilt, daß sich bei der Hofhaltung des Kaisers allerdings eine Mehrausgabe von 1½ bis 2 Millionen herausgestellt habe, deren Deckung jedoch keine Schwierigkeiten machen würde. Diese Angaben waren von offiziöser Seite für „aus der Luft gegriffen" erklärt worden. Der „Reichsb." hält sie jedoch mit großer Entschiedenheit aufrecht. Er will sie von einer „staatlichen Finanzkapacität" erhalten haben, welche über die Angelegenheit am besten Bescheid wissen mußte.

— An dem gestrigen parlamentarischen Diner beim Vicepräsidenten Grafen Ballestrem nahm auch der Reichskanzler Graf Caprivi theil.

— Im Herrenhause war und blieb die Erklärung des Grafen Minkowstroem zu Gunsten des Kultusministers Grafen Zedlitz und für die christliche Schule das Hauptereigniß der gestrigen Sitzung. Der lebhafte Beifall, den dieselbe fand, mochte wohl die Linke des Herrenhauses abgeschreckt haben, eine Gegenerklärung zu geben, und so fanden die Worte des Grafen Minkowstroem keine Erwiderung.

— Der „Reichsanzeiger" meldet: Die Hamburg-Amerikanische-Packetfahrt-Gesellschaft ermäßigt im Interesse der Betheiligung an der Weltausstellung in Chicago für die deutschen Aussteller und deren Angestellte vom 1. November 1892 bis zum 15. April 1893 alle tarifmäßigen Passagepreise in allen Klassen um 25 pCt.

— Auf eine Eingabe der schlesischen Apothekenbesitzer um Einführung einer Standesvertretung der Apotheker erwiderte, laut den „Berl. Polit. Nachr.", der Unterstaatssekretär Weyrauch, daß eine solche sehr empfehlenswerth sei.

— Eine dem Magistrate zugegangene Aufstellung des Einschätzungsresultats für Berlin pro 1892/93 ergibt gegen 1891/92 ein Mehr an Steuersoll von 4,362,769 Mark.

— Gegenüber der Meldung der Blätter über angeblich trostlose Zustände im Kaiser Wilhelmsland, sowie über das äußerst zahlreiche Sterben der dorthin beförderten Kulis veröffentlicht die „Vossische Zeitung" eine Zuschrift der Neuguinea-Kompagnie, nach welcher auf drei Fahrten von 1140 Kulis nur 6 starben, auch die großen Verluste der bereits im Kaiser-Wilhelmsland eingetroffenen Chinesen seien stark übertrieben. Der Betrieb der Pflanzungen sei nur vorübergehend gehemmt gewesen.

— Die „Post" erfährt aus Kairo, zwischen dem Major Wißmann und dem Antisklavereikomitee seien neue Schwierigkeiten entstanden, weil entgegen der zwischen Kommerzienrath Lange und Wißmann getroffenen Vereinbarung der Plan aufgetreten sei, daß Lieutenant v. Eltz den Dampfer nach dem Nyassa transportiere und Wißmann erst dort die Führung übernehmen solle.

Wilhelmshaven, 23. März. Das Kreuzergeschwader erhielt den Befehl, über Sansibar und Ceylon nach China zu fahren. Die Korvette „Sophie" bleibt in Sansibar zurück.

Ausland.

Wien, 23. März. Wie von berufener Stelle verlautet, habe man Kenntniß von durchaus friedlichen Aeußerungen des Zaren gegenüber dem österreichischen Botschafter.

Das „Vaterland" bezeichnet die Meldung der „Kreuzzeitung", daß an die Wiener Bischofskonferenz ein päpstliches Breve, das die Nothwendigkeit einer socialen Reform betont, gelangt sei, als erfunden.

Paris, 23. März. Hier ist es wieder zu einem häßlichen Skandal von Seiten der Atheisten gekommen. In der Kirche Saint Merri war es schon vor einigen Tagen zu Ruhestörungen gekommen, die mit Ausweisung der Ruhestörer endeten. Radikale Blätter nahmen für die Letzteren Partei, und so war vorauszusehen, daß die Auftritte sich wiederholen würden. Zu der gestrigen Rede des Geistlichen Lemoigne hatten sich in der Kirche bekannte Führer der Atheisten, darunter Deputirte und Mitglieder des Gemeinderaths, eingefunden. Im zweiten Theile seiner Rede wurde Redner heftig unterbrochen und als in Folge des zunehmenden Lärms das Gas ausgedreht wurde, kam es zu wilden Auftritten. Während die Orgel spielte, sangen gegen 300 Manifestanten die „Carmagnole" und „Marseillaise". Schließlich brach ein vollständiger Kampf aus. Stühle und Bänke wurden umgeworfen, die Altarbekleidung wurde zerrissen und alles vernichtet, was den Kämpfenden in die Hand kam. Die Ruhestörer bemächtigten sich der Kanzel, von der herab einer von ihnen eine Ansprache hielt, die mit den Worten schloß: „Hoch die Revolution, nieder mit den Pfaffen!" Der Tumult dauerte etwa eine halbe Stunde. Kirchenstühle und Betpulte wurden zerbrochen. Die abziehenden Ruhestörer wurden auf der Straße durch die Polizei zerstreut. Eine Person wurde wegen Beleidigung der Polizei verhaftet.

Der Abgeordnete Chautemps will den Minister des Innern über den Skandal in der Kirche St. Merri interpelliren.

London, 23. März. Die „Times" erfährt aus Indien weitere Einzelheiten über den Aufstand in Lushailand. Die Eingeborenen ließen eine aus 84 Mann bestehende britische Expedition ungehindert in ein Dorf einziehen, überfielen sie dann plötzlich und zündeten die Häuser ringsum an. Die Hitze war so groß, daß die Engländer fürchteten, ihre Munition könne sich entzünden. Der Kampf dauerte den ganzen Tag. Der Aufstand ist weit ausgedehnt und eine mühselige langwierige Expedition ist erforderlich, um die Ruhe wieder herzustellen.

Rom, 23. März. Eine Encyklika des Papstes zu dessen Bischofsjubiläum wurde angekündigt.

Petersburg, 23. März. Die 1891 eingelaufenen direkten Steuern von der ländlichen Bevölkerung betrugen 84,881,299 Rubel gegen die Veranschlagung von 114,608,768 Rubel. Sie ergaben mithin von letzterer 74,1 pCt. Ein Plus gegen den Voranschlag weisen nur die Eingänge der polnischen Gouvernements von 3,769,449 Rubel gegen die veranschlagten 3,711,617 Rubel. Das europäische Rußland erbrachte an Steuereingängen 71,8, der Kaukasus 99,6 pCt. des Voranschlags. Von den übrigen Ständen gingen 1891 ein: direkte Steuern 19,388,975 Rubel gegen die veranlagten 19,185,714 Rubel. Im Vergleiche zu 1890 blieben die letzteren Steuererträge in 1891 erheblich hinter dem Voranschlage zurück.

Der „Regierungsbote" meldet, daß die vom Mißwachs betroffenen Gouvernements bis in den Mai hinein mit Nahrungsmitteln versorgt seien. Schwierigkeiten bei der Verpflegung der Bevölkerung während der im Frühling herrschenden Grundlosigkeit der Wege seien demnach ausgeschlossen. Auch die Versorgung der Bauern mit Saatkorn für die nächste Aussaat sei sichergestellt. Die Gouverneure berichten, daß die Bestellung der den Bauern gehörigen Felder in Folge der jüngst getroffenen Maßnahmen zur Fütterung des Zugviehes und zur Hülfeleistung beim Ackern sich glatt abwickeln werde. Für diese Maßnahmen habe das Ministerium des Innern etwa 4 Millionen Rubel bewilligt.

Montreal (Canada), 23. März. Der kürzlich westlich von Winnipeg begonnene Streik der Angestellten der Canadischen Pacificbahn dehnt sich heute über die ganze Linie von einem Ocean zum andern aus. Seit Sonntag ist kein Personenzug aus dem Westen eingetroffen. Es werden Unruhen befürchtet und 150 Polizisten sind nach verschiedenen Bahnpunkten abgegangen.

Deutscher Reichstag.

C.P.C. **Berlin,** 22. März.

Der Reichstag hielt heute seine 200. Sitzung in „dieser" Session ab. Auf dem Präsidententische prangte aus Anlaß dieses denkwürdigen Tages ein prächtiger Blumenstrauß.

Indem Präsident v. Levetzow dem Hause die Bedeutung des Straußes erläuterte, betonte er, daß eine so große Zahl von Sitzungen in einer Session noch nicht dagewesen sei und voraussichtlich auch nie wieder kommen werde. Das Haus hatte sich für diesen seinen Ehrentag auch etwas besonderes ausgesucht, eine Tagesordnung mit 48 verschiedenen Gegenständen, allerdings außer einer Wahlprüfung nur Petitionen.

Die Wahlprüfung betraf die Wahl des Abg. v. Colmar-Meyenburg (1. Bromberg).

Im vorigen Jahre hatte schon der Reichstag Erhebungen über diese Wahl veranlaßt. Die Kommission beantragte nunmehr, die Beschlußfassung über die Giltigkeit der Wahl noch weiter auszusetzen und den Reichskanzler zu ersuchen, einen Kreissekretär und Bureaugehilfen in Filehne eidlich darüber vernehmen zu lassen, ob und an welche Schulzen und Bürgermeister des Kreises Filehne die konservativen Stimmzettel versandt worden seien und ob die Konverts durch Dienstsiegel und Stempel als aus dem Landrathsamt versandt kenntlich gewesen. Ueber diese Punkte soll auch der Landrath Boddien uneidlich vernommen werden. Endlich sollen auch die Schulzen und Bürgermeister eidlich vernommen werden, ob ihnen die zugesandten Kouverts mit Stimmzetteln als aus dem Landrathsamte kommend bekannt geworden seien.

Abg. Dr. Mehnert (kons.) beantragte, diese letztere Vernehmung nicht und die des Kreissekretärs und Bureaugehilfen uneidlich vornehmen zu lassen.

Abg. Traeger (dfr.) beantragte, die Wahl für ungiltig zu erklären, event. die Erhebungen beträchtlich zu erweitern, und schilderte ausführlich die amtlichen Verstöße gegen die Wahlfreiheit, insbesondere die Verhinderung von freisinnigen Versammlungen durch allerlei Chikanen der Behörden, sowie die Mißhandlungen der Vertheiler freisinniger Stimmzettel. Zwei wegen solcher Mißhandlung zu Gefängniß verurtheilte Personen seien begnadigt worden und in dem Gnadengesuch sei die wahrheitswidrige Behauptung enthalten und amtlich bestätigt gewesen, daß der Mißhandelte ein sozialdemokratischer Agitator sei.

Abg. Mehnert glaubte darauf mit Hinweisen auf die freisinnige Agitation antworten zu können, und befürwortete seinen Antrag. Man dürfe wegen dieser einen Wahl nicht so viele Personen eidlich vernehmen. Das sei eine Profanirung des Eides.

Für die Ungiltigkeitserklärung sprach weiter Abg. Auer (Soc.), während Abg. Dr. Hahn (kons.) bat, nicht über den Kommissionsantrag hinauszugehen, und betonte, daß der Kreis auch ohne die Wahlbeeinflussungen den Abg. v. Colmar gewählt haben würde. Ueber Gnadenakte des Kaisers zu Gericht zu sitzen, habe das Haus kein Recht.

Abg. Gröber (Centr.) konnte dem Antrage auf Ungiltigkeitserklärung nicht beistimmen, glaubte aber, dem Verlangen nach Erweiterung der Erhebungen sich nicht widersetzen zu sollen. Die Vernehmung der Beamten, die man der Ungesetzlichkeit beschuldige, müssen nach der Strafprozeßordnung uneidlich vorgenommen werden.

Nach einigen weiteren Debatten wurde der Antrag auf Ungiltigkeitserklärung zurückgezogen, bezüglich des Kreissekretärs die nichteidliche Vernehmung beschlossen, im Uebrigen der Antrag Mehnert abgelehnt, die von Träger beantragte Vernehmung eines Restaurateurs in Schneidemühl im Wege des Hammelsprungs mit 117 gegen 110 Stimmen ebenfalls abgelehnt, sonst aber die von Träger beantragte Ausdehnung der Beweiserhebung gegen die Stimmen der Rechten beschlossen und dann der so erweiterte Kommissionsantrag angenommen.

Dann beschäftigte sich das Haus mit Petitionen. Die freien Vereinigungen selbständiger Barbiere, Friseure und Perrückenmacher wollen, insoweit sie Fachschulen unterhalten, auch innerhalb des Bezirks von auf Grund des § 100e der Gewerbeordnung privilegirten Innungen das Recht zur Ausbildung von Lehrlingen behalten. Unter Ablehnung des Kommissionsantrags auf Ueberweisung der Petitionen an den Reichskanzler zur Kenntnißnahme ging das Haus auf Antrag des Abg. Dr. Hartmann über dieselben zur Tagesordnung über. Dasselbe geschah mit einer Petition rheinischer Notariatsgehilfen wegen Regelung ihrer Dienstverhältnisse. Eine Petition des Centralausschusses deutscher Innungsverbände, daß den Meistertitel nur führen dürfe, wer die Meisterprüfung vor einer staatlichen Kommission oder vor einer Innung bestanden habe, wurde dem Reichskanzler zur Kenntnißnahme überwiesen. Eine Petition Mecklenburgischer Landwirthe betr. die Aufnahme von Bestimmungen über das Jagdrecht und den Ersatz von Wildschaden in das bürgerliche Gesetzbuch wurde dem Reichskanzler als Material überwiesen unter Ablehnung eines Antrags Dr. Pachnicke (freis.) auf Ueberweisung zur Berücksichtigung und eines Antrags des Abg. Frhrn. v. Pfetten-Arnbach (Centr.) auf Uebergang zur Tagesordnung. Eine Reihe Petitionen wurden ohne Debatten nach den Kommissionsvorschlägen erledigt. Morgen: Weingesetz, Nachtragsetat, Petitionen.

Berlin, 24. März.

Der Reichstag berieth das Weingesetz in erster Lesung und erledigt dasselbe nach längerer Berathung. Die Debatte dreht sich um die Frage, ob verzuckerter Wein deklarationspflichtig sei oder nicht. Die Vorlage setzt bekanntlich letzteres fest. Für die Vorlage sprechen sich die Nationalliberalen und Freisinnigen aus, für den Deklarationszwang das Centrum. Ein Antrag Menzer (kons.) auf Berathung in der Kommission wird abgelehnt. Die Nachtragsforderung von zwei Millionen für die Ausstellung in Chicago wird der Budgetkommission überwiesen, nachdem sich sämmtliche Redner für die Bewilligung ausgesprochen haben. Staatssekretär v. Bötticher fordert die gesammte Industrie zu regster Betheiligung an der Ausstellung auf. Ueber die Petitionen wegen Reform der Personentarife geht das Haus zur Tagesordnung über mit Rücksicht auf die Erklärungen der Regierung im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus im Januar d. J. Nach Erledigung einer Anzahl von Petitionen erfolgte Vertagung. Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt; auf der Tagesordnung stehen: Weingesetz, Rechnungssachen, Prüfung der Wahl des Abg. Möller und Petitionen.

Baden.

Karlsruhe, 25. März. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 18. März 1892 gnädigst geruht, den Oberamtmann Dr. Albert Gautier, z. Zt. Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal, behufs Fortführung dieses Amtes auf sein unterthänigstes Ansuchen aus dem Staatsdienste zu entlassen.

Karlsruhe, 25. März. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat die zweite Hälfte der verflossenen Nacht verhältnißmäßig ruhig zugebracht; die bronchitischen Erscheinungen sind bei Höchstdemselben heute die gleichen, wie gestern; das Fieber hat aber abgenommen.

* **Karlsruhe,** 23. März. Sobald sich gegenwärtig in der Kammer ein Centrumsabgeordneter nicht im günstigen Sinne über eine Regierungsmaßnahme äußert, wird ihm sofort von der „Bad. Korr." — die wegen ihrer Unparteilichkeit jeweils unter die nationalliberalen Kammermitglieder vertheilt wird — der Vorwurf gemacht, daß dies einzig und allein zum Zwecke der Untergrabung der staatlichen Autorität geschieht. So sprach sich Abg. Gerber neulich etwas abfällig über die sogenannten Koch- und Haushaltungs- und Winterschulen aus; sofort macht ihm die „Bad. Korr." den erwähnten Vorwurf und zwar nicht blos ihm, sondern gleich verschiedenen Centrumsmitgliedern. Daß die Abgg. Hug und Reichert diese Anstalten in Schutz nahmen, davon sagt das Blatt kein Wort, ebenso läßt es unerwähnt, daß schon manche Centrumsabgeordnete, darunter auch die Herren Wacker und Gerber bei mehr als einer Gelegenheit der Regierung ihre volle Anerkennung aussprachen, allerdings nur da, wo sie dieselbe verdiente. Natürlich, wenn man Jemand als Umstürzler hinstellen will, dürfen diese Dinge nicht erwähnt werden.

* **Karlsruhe,** 24. März. Wie wenig die besonders auch hier in Baden so stark hervortretenden Stürmer des preußischen Schulgesetzentwurfs den Inhalt und Geist desselben kannten und wie sehr sie den Kultusminister Grafen Zedlitz verkannten, geht aus folgender Briefkastennotiz der „Neuen Bad. Schulzeitung" hervor. Dieselbe schreibt nämlich in ihrer Beilage zu Nr. 12 vom 19. März Folgendes:

„Nach R. Der preußische Kultusminister ist auch mein Ideal eines solchen nicht; das Zeugniß der Gerechtigkeitsliebe und soweit es sich nicht um kirchliche Dinge handelt, persönlicher Weitherzigkeit und Güte kann man ihm jedoch billigerweise nicht versagen. Die preußischen Schulblätter führen gegen diesen Mann, in dessen Hand das Schicksal von Tausenden von Lehrern liegt, eine sehr gereizte und theilweise sogar beleidigende Sprache, ohne daß er bisher zu irgend welchen Maßregelungen gegriffen hätte. Und halten Sie sich versichert: im preußischen Staat wird, auch wenn der Schulentwurf Gesetzeskraft erlangt, die Schule der Geistlichkeit nicht ausgeliefert werden. Studirt man den Entwurf genau, so findet man, daß der Staat den geistlichen Uebergriffen überall einen Riegel vorschiebt. Der preußische Beamte kommt vor dem Pfarrer und ein preußischer Beamter läßt sich nicht auf die Seite schieben. Damit will ich das preußische Schulgesetz noch nicht gelobt haben; es ist rückschrittlich, was schon der Umstand beweist, daß es den Ultramontanen und Konservativen gefällt (Das war für die meisten Schreier der Hauptbeweis. Red.) — „was seht Ihr den Splitter in dem Auge des Bruders Preuß und werdet nicht u. s. w."

* **Karlsruhe,** 21. März. Unter der Spitzmarke „Auch ein Verkünder von Gottes Wort" berichtet die „Bad. Ldsztg." von einem Ereigniß, das sich in einem Dorfe des tiefsten Odenwaldes zugetragen haben soll. Dort soll sich nämlich ein junger Geistlicher beim Sonntagsgottesdienste vor versammelter Gemeinde in für Protestanten beleidigenden Ausdrücken ergangen haben. Wir lassen den Bericht des genannten Blattes folgen. „Ohne durch sein Thema dazu veranlaßt zu sein", meldet dasselbe, „fing er (der Kaplan) an plötzlich von der evangelischen Religion zu sprechen und, in einer Weise, die in unserem konfessionell gemischten Lande seit langen Jahrzehnten als unerhört gelten darf. Die evangelische Religion sei, so versicherte der Herr Kaplan den aufmerksam lauschenden Kindern, eine solche des Fressens, Saufens und — — (der weitere Ausdruck entzieht sich der Wiedergabe), darum habe sie auch so zahlreiche Anhänger gefunden. Auch Luther und Melanchthon hätten diesen Lastern gefröhnt und sich ganz besonders in Nonnenklöstern zu schaffen gemacht; zu welchem Zwecke, sei ersichtlich aus Luthers späterer Ehelichung einer Nonne, die ihn aber nicht abgehalten habe, noch anderweiten Verkehr zu pflegen. Melanchthon sei an den Folgen derartigen Lebens gestorben. Dem Landgrafen von Hessen habe Luther zwei Weiber erlaubt, damit er — — Es können auch hier nur Gedankenstriche gesetzt werden, denn die vom Herrn Kaplan gebrauchten Ausdrücke sind derart gemein zotenhafter Natur, daß ihre Wiedergabe in der Presse gegen die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

öffentliche Sittlichkeit verstoßen würde! Solche Art von „Christenlehre" war nun aber doch selbst den streng-katholischen . . . . . . zu stark. Es entstand ein Murren und Scharren mit den Füßen, der würdige Seelsorger und Jugendbildner aber, nachdem er so seinem Hasse gegen Andersgläubige Luft gemacht hatte, schritt ruhig zum Altare und feierte das heilige Meßopfer. Dieser römisch-katholische Priester, fährt die „Badische Ldsztg." nun weiter fort, ist ein Jünger der neuesten Schule. Er hat seine Erziehung von frühen Jahren an, so viel bekannt, in dem erzbischöflichen Knabenseminar in Tauberbischofsheim erhalten — zur Umgehung des Gesetzes hieß es früher „Pensionat Berberich" — und kam dann in's Konvikt nach Freiburg und St. Peter; vor ungefähr einem Jahre wurde er dort ausgeweiht. Er ist ein Musterbeispiel dafür, in welchem Geiste zur Zeit die Ausbildung der jungen katholischen Theologen betrieben wird. Dem Vernehmen nach hat übrigens die Staatsbehörde diesen Fall bereits aufgegriffen." Zu diesem Bericht müssen wir bemerken, daß wir denselben, wenn nicht für unwahr, so doch wenigstens für entstellt halten. Wir befinden uns ja nicht zum ersten Male in dem Falle, so etwas behaupten zu müssen und zu können. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat der betr. junge Geistliche einige Aeußerungen gethan, die in ganz unverhältnißmäßiger Weise übertrieben und aufgebauscht worden sind und wenn es, wie die „Bad. Ldsztg." in Aussicht stellt, zur gerichtlichen Entscheidung kommt, so wird sich das auch herausstellen. Möglicherweise ist nicht einmal ein Wort gefallen, welches die engsten Grenzen des Taktes überschritten hat. Sollte das aber gegen alle Voraussetzung der Fall sein, so ist die Schlußfolgerung der „Bad. Ldsztg." von einem einzelnen auf den ganzen Stand zu schließen und die „neueste Schule" der jungen katholischen Theologen als hetzerisch darzustellen, ebenso einfältig wie unberechtigt. Hoffentlich kommt es zur gerichtlichen Verhandlung. Vielleicht kann uns oder auch ein Leser aus „dem tiefsten Odenwald" schon vorher über die Angelegenheit Bescheid geben.

Karlsruhe, 22. März. In welchem Maße die Leistungen der Staatskasse zu Gunsten der Hinterbliebenen von Beamten anwachsen, zeigt das Budget der Beamtenwittwenkasse, das vom Landtage bereits genehmigt ist. Darin sind die Ausgaben, die für das Jahr 1890 auf Mk. 1,575,000 angenommen waren, für das Jahr 1892 zu Mk. 2,108,000 berechnet. Die Erhöhung um mehr als eine halbe Million hat der „Bad. Korr." zufolge ihren Grund nicht nur in der Erhöhung der Bezüge für die Hinterbliebenen der unteren Beamtenkategorien, sondern auch in dem Uebergang der Versorgung der Lehrerwittwen auf die staatliche Wittwenkasse. Diese letztere Maßregel soll nach dem den Kammern soeben vorliegenden Entwurfe der Novelle zum Elementarunterrichtsgesetz am 1. Mai eintreten und ist in ihrer finanziellen Wirkung bei dem oben mitgetheilten Budgetsatz bereits berücksichtigt.

Karlsruhe, 23. März. Zum Preßwesen in der Residenz schreibt die „Heidelberger Zeitung" Folgendes:

„Zu einem sehr unpassenden, das Ansehen und die Würde der Presse schädigenden Mittel hat die hiesige „Badische Presse" gegriffen, um die Zahl ihrer Abonnenten zu erhöhen. Sie hat eine Anzahl Anlehenslose im Werthe von zusammen 7000 M. (?!) angekauft und läßt ihre Abonnenten zu je Tausend an den Gewinnchancen von 2—3 Loosen theilnehmen. Für je Tausend neu hinzutretende Abonnenten soll eine entsprechende Anzahl von Loosen neu beschafft werden. Aus diesem Gebahren der „Badischen Presse" geht hervor, daß sie einen sehr niedrigen Begriff vom Zeitungswesen hat."

Die „Badische Landeszeitung", die vorstehende Notiz abdruckt, bemerkt hierzu Folgendes:

„Nach unserem Dafürhalten ist ein solches Verfahren nicht nur einer anständigen Presse unwürdig, sondern es ist auch gesetzlich nicht erlaubt."

⊡ **Heidelberg,** 22. März. In würdiger Weise hat der hiesige Centrumsverein katholisches Kasino eine Erinnerungsfeier für den seligen Windthorst veranstaltet. Den Glanzpunkt des Abends bildete die Gedächtnißrede des Herrn Dr. Siben aus Deidesheim, des auch in Baden wohlbekannten und hochangesehenen Führers der Katholiken der bayerischen Pfalz. Der Redner hat es verstanden, in großen und treffenden Zügen ein vollständiges Charakter- und Lebensbild des verstorbenen Centrumsführers zu entwerfen, so daß jeder Zuhörer von Neuem fühlte, welch unersetzlichen Verlust der Tod Windthorst's der katholischen Sache gebracht hat, und Jedermann sah sich im Geiste in jene Tage zurückversetzt, wo wir noch das Glück hatten, Windthorst unter uns weilen und wirken zu sehen. Ein schönes kräftiges Organ, eine gewählte und doch volksthümliche Sprache erhöhten den Eindruck der tiefempfundenen Worte. Gerne hätte Jeder noch länger dem liebenswürdigen Redner zugehört. Rauschender Beifall der zahlreich versammelten Centrumsleute belohnte die Bemühungen des verehrten Parteiführers. Herr Dr. Fischer sen. sprach hierauf mit gewohnter Meisterschaft den Dank der Versammlung aus. Anknüpfend an einen Abschnitt der Festrede gedachte Herr Dr. Monfang Hermann v. Mallinckrodt's, Windthorst habe als Feldmarschall die Schlachten geleitet, Mallinckrodt habe sie geschlagen. Auch diesem Redner wurde durch Herrn Redakteur Jecker in trefflicher Weise der Dank der Versammlung gezollt. Herr Dr. Ullrich führte dann noch aus, welche Verdienste sich Herr Dr. Siben um unser engeres Vaterland Baden erworben habe und erinnerte insbesondere daran, daß derselbe früher wiederholt im 6. badischen Reichstagswahlbezirke kandidirt und dadurch den späteren Sieg des Centrums vorbereitet habe. Das von diesem Herrn auf den Festredner ausgebrachte Hoch fand begeisterten Wiederhall. Herr Schweiß erinnerte daran, welch große Verdienste sich Herr Dr. Siben um die katholischen Studentenkorporationen erworben habe. Auch die Ausführungen dieses Veteranen, der für unsere Partei so viel gelitten und gestritten hat, ernteten reichlichen Beifall. Nach einigen herzlichen Schlußworten des Herrn Festredners wurde die schöne Versammlung geschlossen, die bei allen Theilnehmern den gewünschten Eindruck hervorgebracht hat, nämlich die Erinnerung an Windthorst wachzuhalten und uns die Pflicht in's Gedächtniß zurückzurufen, in seinem Sinne weiter zu arbeiten.

☐ **Aus dem Acherthal,** 22. März. Die „Acherner Nachrichten" brachten in Nr. 34 der fast ganz katholischen Einwohnerschaft Acherns folgendes interessante Inserat:

„Gasthaus zur Sonne, Achern. Freitag, 18. März (Bekanntlich Fasttag und Abstinenztag zugleich) Großes Schlachtfest. Von 4 Uhr an Leber- und Griebenwürste, Wellfleisch mit Sauerkraut u. s. w."

Kommentar wohl überflüssig. Nur soll beigefügt werden, daß die gleichzeitig im „Rössel" tagende Generalversammlung der freiwilligen Feuerwehr auffällig schlecht besucht war.

Kirchliche Nachrichten.

Das „Katholische Kirchenblatt" enthält folgende Veränderungen im Personalstande: Anweisung erhielten: Vikar Thoma in Pforzheim i. g. E. an die Stadtpfarrei in Karlsruhe; Vikar Martin in Ackenbach nach Pforzheim. Gestorben ist am 9. März die Lehrfrau Henerica Neff im Kloster Zoffingen in Konstanz.

Badischer Landtag.

Ⓒ **Karlsruhe,** 24. März.

52. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Ellstätter, Generaldirektor Eisenlohr, Betriebsdirektor Schupp und Ministerialdirektor Seubert.

Das Haus zeigt ziemlich Lücken auf; Tribünen gut besetzt.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung des Eisenbahnbudgets, Spezialdiskussion.

Der Sekretär theilt den Eingang mehrerer Petitionen mit.

Tit. 1: Gehalte und Wohnungsgeld der etatsmäßigen Beamten: die Anforderungen betragen pro 1892: 6,445,300 Mk., pro 1893: 6,567,840 Mk.

Abg. Heimburger bemerkt, daß er die in der Kommission erhobene Einsprache gegen die Bestellung eines weiteren Bureauvorstehers bei der Kontrole II und die Anstellungsart verschiedener Beamtenkategorien heute fallen lasse.

Abg. Hug stimmt dem Abg. Heimburger bei und macht weiter darauf aufmerksam, daß bei Versetzungen von Bahnbeamten auf Stationen mit geringeren Tantiemenbezügen der Tantiemenersatz nicht vermindert werden solle.

Minister Ellstätter ist anderer Ansicht; bei Versetzung eines Beamten von einer Station mit höheren Tantiemen an solche mit geringen, oder gar keinen Tantiemen könne man schon der anderen, schon länger an diesen Stellen thätigen Beamten wegen, den höheren Tantiemenersatz nicht belassen.

Abg. Friedle wünscht die Verlegung der Bezirksbauinspektion der strategischen Bahn nach Thiengen.

Generaldirektor Eisenlohr bemerkt, daß über den Sitz der Inspektion ein bestimmter Beschluß noch nicht gefaßt sei.

Abg. Lauck: Er habe mit seiner Rede zur Frauenreform in ein böses Wespennest gestochen. Zu seinen Ohren habe er dafür aus seinem Wahlbezirk einen „schönen Blumenstrauß", aus Freiburg einen „Kochlöffel" erhalten und hier habe man sogar seinetwegen ein „Schrupperfest" gefeiert. Daß er aber doch ein gutes Herz für die Damen habe, beweise der § 12, worin auf seinen Antrag für Expeditions- und Telegraphengehilfinnen eine Anzahl etatsmäßiger Stellen geschaffen werde und er habe nur bedauert, daß die Zahl blos 15 betrage. Er hoffe aber, daß auch der Herr Finanzminister ein warmes Herz für die Damen habe und die Zahl dieser Stellen nächstens auf 25 oder 30 vermehre. Für das bis jetzt Geschehene drücke er, einem zarten Auftrag der betreffenden Damen entsprechend, der Regierung den gebührenden Dank aus.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird der Titel genehmigt; ebenso Titel 2: „Andere persönliche Ausgaben" mit 6,648,540 Mark pro 1892 und 6,683,740 Mark pro 1893. Ferner Titel 3: „Allgemein sächliche Ausgaben" mit 1,341,600 Mark pro 1892 und 1,355,600 Mark pro 1893.

Bei Titel 4 Kosten der Unterhaltung der Bahnanlagen macht Abg. Schüler darauf aufmerksam, daß an einzelnen Orten, wo nur Lokalzüge anhalten, Schutzhütten aufgestellt werden sollten. Ueberall sei dies nicht nöthig, allein es gebe Haltestellen, die von den Gemeinden ziemlich entfernt liegen. Es genüge eine einfache Bretterhütte und die könne ohne große Kosten erstellt werden. Von den Gemeinden könne man das Aufbringen der Kosten nicht verlangen, da nicht blos Ortseinwohner, sondern auch Reisende, Touristen rc. die Lokalzüge benutzen; eher sei der Kreis dazu verpflichtet. Er bitte also, wenigstens für den nächsten Winter um Erstellung von Schutzhütten in Ebringen und Norsingen. Ferner möge man auch den Abendlokalzug von Heitersheim nach Freiburg, der am 31. März eingestellt werden solle, auch im Sommer weiter kursiren zu lassen.

Generaldirektor Eisenlohr: Die Erstellung von Schutzhütten sei immerhin mit Kosten verbunden, für die die Bahnverwaltung bei den geringen Taxen der Lokalzüge nicht aufkommen könne. Die Gemeinden seien daran am meisten interessirt und sollten deßhalb die Hütten erstellen. Der Abendzug könne aus technischen Gründen im Sommer nicht geführt werden.

Abg. Keller bringt verschiedene Wünsche bezüglich des Bruchsaler Bahnhofes vor.

Abg. Rau unterstützt die Ausführungen Schüler's.

Abg. Straub bittet um die Errichtung einer Haltestelle in Bettingen.

Abg. Grüninger spricht der Regierung seinen Dank aus für die Erbauung des Bahnhofes in Villingen und bittet um Beseitigung eines Mißstandes im Gepäckbureau.

Titel IV wird darauf mit 2,954,750 Mk. pro 1892 und 2,956,750 Mk. pro 1892 genehmigt.

Abg. Rüdt kommt nochmals auf die Gehaltsverhältnisse rc. der Eisenbahnarbeiter zu sprechen. Die Rangirer bekämen für ihren sehr schweren, gefahrvollen und verantwortlichen Dienst eine zu schlechte Bezahlung. Der Lohn solle doch nicht unter 2 Mk. 40 Pf. betragen; während sie einen Anfangsgehalt von nur 1 Mk. 90 Pf. erhielten. Dabei müßten sie sich auch noch Abzüge als Ersatzleistungen gefallen lassen, für Dinge, wofür sie nicht einmal etwas könnten. Dazu käme noch die theure Miethe in den Städten. In Folge dieser schlechten Bezahlung finde ein häufiger Wechsel statt, was gewiß nicht im Interesse der Betriebssicherheit liege. Im Alter bekämen diese Leute statt mehr, noch weniger Bezahlung. Aehnlich ergehe es den Bremsern und Maschinenhausarbeitern, dabei sei der Dienst der Letzteren noch sehr gesundheitsschädlich. Alle diese Leute verdienten nicht genügend für die Unterhaltung ihrer Familie. Hier solle der Staat die Degeneration verhindern. Wenn der Staat nämlich für die Zuchtthiere etwas thun zu müssen glaubte, so solle er doch auch an die Menschen denken. Statt der großen Luxusbahnhöfe solle man sie einfach und praktisch bauen, man solle die großen Diäten kürzen, welche die höheren Beamten und Inspektoren einstecken, und diese Ersparnisse für die armen Arbeiter verwenden. Auf die Verhältnisse der mittleren und niederen Beamten komme er später zu sprechen. Die Generaldirektion möge dem Beispiele der Pfälzer Bahn folgen, die angesichts der gesteigerten Verkehrsverhältnisse ihre Beamten reichlich beschenkt habe. Zum Schluß beschwert er sich über den hiesigen Maschineninspektor Peters, der in religiöser und politischer Hinsicht seine Arbeiter beeinflusse, von ihnen sogar verlange, daß sie aus der freireligiösen Gemeinde austreten sollen und einen Spionagedienst nach Socialdemokraten unterhalte. Dieser Herr Peters habe dazu um so weniger Veranlassung, als er neben seinem Amt noch die Geschäfte eines Commis voyageurs für ein Pfälzer Weingeschäft besorge und auf Grund seiner staatlichen Diäten und Freifahrt recht gute Geschäfte machen solle.

Der Präsident hält diese persönlichen Bemerkungen nicht für passend.

Generaldirektor Eisenlohr: Die Gehaltsangaben des Abg. Rüdt seien nicht richtig, sie seien zu niedrig angegeben. Der Lohn entspreche den bestehenden socialen Verhältnissen. Die Bahnhofbauten seien nicht luxuriös, am wenigsten könne man aber höheren Beamten die Gehälter schmälern, um die niederen aufzubessern, in Konsequenz dieser Ansicht müsse man schließlich alle Beamten gleich bezahlen. Auch in Baden habe man schon Remunerationen gewährt.

Abg. Rüdt hält seine Angaben aufrecht.

Abg. Muser hätte gewünscht, daß die Großh. Regierung auf Anregung des Abg. Rüdt erklärt habe, daß jedem Bediensteten in religiöser und politischer Hinsicht vollständig freie Hand gelassen werde und daß sie derartige Beeinflussungen nicht wünscht.

Finanzminister Ellstätter: Er könne nur, wenn bestimmte Fälle angegeben werden, denselben nachgehen.

Abg. Muser glaubt die gewünschte Erklärung vom Minister nicht erhalten zu haben.

Finanzminister Ellstätter: Sie sei in seiner Erwiderung enthalten.

Abg. Rüdt wird den Fall Peters auf Verlangen des Ministers der Regierung schriftlich einreichen.

Bei Titel 5 „Kosten des Bahntransports" bringt

Abg. Pfefferle bezüglich der Heizung der Eisenbahnwagen" verschiedene „Schmerzen" zum Ausdruck.

Darauf wird der Titel 5 mit 6,378,350 Mk. pro Jahr genehmigt; ebenso Titel 6 „Kosten der Erneuerung bestimmter Gegenstände" mit 3,914,500 Mk. pro Jahr.

Bei Titel 7 „Kosten für erhebliche Ergänzungen, Erweiterungen und Verbesserungen" bringt

Abg. Schlusser einige Vorschläge bezüglich des Dinglinger Bahnhofes zum Ausdruck, speziell den Bahnsteig daselbst betreffend.

Abg. Birkenmayer macht auf den Platzmangel im Waldshuter Bahnhof aufmerksam. Am zweckmäßigsten erscheine ihm die Erstellung eines eigenen Güterbahnhofes; auch sei es Zeit, dem Gedanken nahe zu treten, ob im Waldshuter Bahnhof nicht unterirdische Durchgänge zu erstellen seien.

Abg. Kirchenbauer wünscht bei Vergebung von Material-Lieferungen eine Berücksichtigung inländischer Lieferanten und Fabrikanten.

Abg. Eder wünscht eine Verbesserung des Güterverkehrs zwischen Brühl und Schwetzingen durch Anlage eines Gütergeleises nach Brühl.

Abg. Dreesbach antwortet dem Abg. Kirchenbauer, daß es kein „eisernes", sondern ein ehernes Lohngesetz gebe, daß dies aber nicht von den Socialdemokraten angestrebt werde, sondern daß unsere Lohnverhältnisse gegenwärtig darunter leiden.

Titel 7 wird mit 790,350 M. pro Jahr genehmigt, ebenso die Titel 8 und 9.

Die Gesammtausgabe des Eisenbahnbudgets beträgt pro Jahr 30,630,070 M. und wird genehmigt.

Einnahmen.

Abg. Birkenmayer weist auf den langen Aufenthalt der Züge in Schopfheim hin, was besonders von den Bewohnern des Bezirks Schönau schwer empfunden werde. Er bitte um Abstellung dieses Mißstandes.

Generaldirektor Eisenlohr: Der Aufenthalt werde durch die Einstellung der direkten Wagen verursacht, die auch nicht gut vermißt werden könnten.

Abg. Gesell fragt an, um wie viel die Gepäcktaxe heruntergesetzt werde.

Abg. Klein-Weinheim weist auf die unvorsichtige und leichtfertige Behandlung des Eisenbahngepäckes hin.

Abg. Hauß wünscht eine Abänderung der Berechnung der Gepäcktaxe nach an Lokalbahnen gelegenen Stationen.

Die Gesammteinnahmen aus dem Personenverkehr mit 15,730,700 Mk. pro Jahr, werden genehmigt; ebenso aus dem Güterverkehr mit 25,671,900 Mk.

Abg. Bassermann kommt auf das Brückengeld zwischen Mannheim-Ludwigshafen zu sprechen. Er bittet die Regierung, wenn ein Gesuch von Seiten der bayrischen Regierung wegen Aufhebung des Brückengeldes an sie gestellt werde, demselben zu entsprechen.

Die zufälligen und verschiedenen Einnahmen betragen 763,650 Mk. pro Jahr. Die Gesammteinnahmen 44,673,250 Mk. pro Jahr und werden genehmigt.

Die Ausgaben und Einnahmen der Eisenbahnwerkstättenverwaltung betragen 5,284,820 Mk. Der Eisenbahnmagazinsverwaltung 9,839,470 Mk. Die Ausgaben für die Bodenseeschifffahrt betragen pro 1892 319,500 Mk., pro 1893 321,350 Mk., die Einnahmen pro 1892 3,216,000 M., pro 1893 323,600 Mk.

Die Ausgaben für die Main-Neckarbahn betragen pro 1892 4,937,484 M., für 1893 4,975,414 M. Die Einnahmen pro 1892 6,995,800 M., pro 1893 7,215,800 M. Der Ueberschuß pro 1892 713,320 M., pro 1893 776,420 M.

Sämmtliche Summen werden genehmigt.

Schluß der Sitzung halb 12 Uhr.

Nächste Sitzung Samstag 9 Uhr. Petitionen.

Kleine badische Chronik.

+ **Wöschbach,** 22. März. Gestern Abend nach 9 Uhr brach in der Scheune des hiesigen Landwirths Jos. Leher ein Brand aus, der in kurzer Zeit das Haus und die Oekonomiegebäulichkeiten in Asche legte. Leider ist weder der Besitzer noch der bei ihm in Miethe wohnende Schuhmacher Glaufing versichert. Entstehungsursache unbekannt. Der Eifer, zu retten, hätte leicht zwei ledigen Burschen und dem verheiratheten Maurer August Unger recht verderblich werden können, da unvermuthet die Decke einstürzte und dieselben im brennenden Schutte begrub. Einige beherzte Leute befreiten dieselben aus ihrer gefährlichen Lage, was bei dem verheiratheten Manne erst dadurch gelang, daß man die hintere Wand des Hauses einschlug. Doch scheint derselbe außer einigen Hautschürfungen und kleinen Brandwunden keinen weiteren Schaden genommen zu haben.

Bühl, 23. März. Aus Bühlerthal ist heute eine Abordnung in der Residenz wegen Erbauung einer Lokalbahn Bühl-Bühlerthal vorstellig. Die Erstellung einer normalspurigen Bahn ist für den gewerb- und verkehrsreichen Platz Bühlerthal ein allgemeinfühlendes Bedürfniß.

Donaueschingen, 22. März. Die Ueberführung der Leiche des Fürsten Karl Egon III. von Fürstenberg vom Bahnhofe Neudingen nach der im Jahre 1860 erbauten Gruftkapelle „Mariahof" fand am Samstag, den 19. d. M., programmmäßig statt. Gestern Vormittag 11 Uhr erfolgte die Beisetzung derselben. Die hohen und höchsten Herrschaften begaben sich zu Wagen nach Neudingen, während die übrigen Theilnehmer zwei Sonderzüge benützten. Nach einer stillen, heiligen Messe, bei welcher der Kirchenchor von Donaueschingen ein Requiem vortrug, hielt Herr Domkapitular Dr. Behrle von Freiburg die Trauerrede. Herr Domkapitular Rudolf segnete alsdann die Leiche ein, worauf die Versenkung derselben vorgenommen wurde. Die zahlreiche Trauerversammlung war tief erschüttert. Heute Vormittag 9 Uhr fand in der hiesigen Stadtkirche ein feierliches Seelenopfer durch Herrn Domkapitular Rudolf statt, worauf der Erzabt des Benediktinerklosters Beuron, Herr Dr. Wolter, die Schlußgebete verrichtete.

Lokales.

Karlsruhe, 24. März.

* **Vortrag.** Nachdem Prof. Dr. Moser seine Vorträge über die beiden Themen „Religion und Naturwissenschaft in den letzten 50 Jahren" und „Das Lebensräthsel und der Materialismus" mit größtem Erfolge gehalten, — ausführliches Referat über den letzteren in nächster Nummer — wird am nächsten Dienstag, den 29. d., ebenfalls Abends 8 Uhr im „großen Rathaussaale der fünfte Vortrag folgen. In demselben behandelt der weit über die Grenzen seines engeren Vaterlandes als Redner gefeierte Pfarrer Dr. Rody aus Oestrich, Rheinhessen, das tiefsinnige und durch seinen ethischen Gehalt hervorragende Drama Shakespeare's „König Lear". Es war ursprünglich beabsichtigt, diesen Vortrag auf den 5. April anzusetzen, da aber an diesem Tage die Konferenzreden des Prof. Dr. Hardy in der hiesigen Liebfrauenkirche beginnen, so mußte hiervon abgesehen werden. Ende April wird dann der sechste und letzte Vortrag keinem Geringeren als dem bekannten **Centrumsführer Dr. Lieber** den Katholiken der Residenz als Redner vorführen.

⊙ **Strafkammer.** Sitzung der Strafkammer III. vom 23. März. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Rauch. 1. Die heutige Sitzung wird mit der Verhandlung der Anklagesache gegen den Taglöhner Vinzenz Meermann von Geroldsau, wegen Diebstahls und Betrugs aufgenommen. Der schon wiederholt vorbestrafte 26 Jahre alte Angeklagte stahl am 7. Januar in Lichtenthal dem Holzhändler Feger 5½ Ster Tannenholz im Werth von 38 M.; Ende Januar auf der Gemarkung Gernsbach 2 Ster dem Holzhändler Henke in Rothenfels gehörendes Tannenholz im Werth von 12 M. 75 Pfg.; in der gleichen Zeit in der Nähe des sog. Wilderbildes von einer dem Bäcker Sterbel in Baden gehörenden Beuge 10—12 Scheite Tannenholz im Werthe von 20 M. 10 Pfg.; am 3. Februar von dem an der Straße Hilpertsau-Weisenbach gelegenen Holzlagerplatze des Gastwirth Joseph Dörrer in Baden 6 Ster buchenes Scheitholz im Werth von 66 M., welches er an eine Frau Bazoch in Baden für 37 M. verkaufte. Des weiteren hat Meermann noch verschiedene Betrügereien zur Last gelegt und zwar schädigte er am 3. November v. J. den Holzhändler Benz in Baden um 92 M., indem er demselben vorschwindelte, er (Meermann) sei von Professor Friedberg, Villa Max, beauftragt worden, für diesen 6 Ster tannenes und 4 Ster buchenes Holz zu holen; am 1. Februar in Gernsbach den Löwenwirth Roth um 70 Pfg und am gleichen Tag den Adlerwirth Schweickart daselbst um 56 Pfg. für verabreichte Speisen und Getränke. Der geriebene Spitzbube wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und zu 5jährigem Ehrverlust verurtheilt. 2. Die Berufung des Nähmaschinenreisenden Johann Uhlrich von Görzeg, wohnhaft in Karlsruhe, den das Schöffengericht Durlach wegen Betrugs und Unterschlagung mit 10 Tagen Gefängniß bestrafte, wird, da der Angeklagte zur heutigen Hauptverhandlung nicht erschien, als unbegründet verworfen. 3. Wegen Gotteslästerung erhält der 68 Jahre alte Schneider Jakob Kunzmann von Palmbach 4 Wochen Gefängniß. 4. Mit einer Geldstrafe von 10 M. wegen Uebertretung der Gewerbeordnung wird der 53 Jahre alte Viehhändler Marum Dreifus von Richen belegt, weil er bei der Ausübung seines Gewerbes als Viehhändler keinen Gewerbeschein bei sich gehabt hatte. 5. Von der Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung wird der im Jahre 1862 zu Rothweil geborene Zahnarzt Karl Franz Xaver Güntert in Baden freigesprochen.

Tagesordnung der Strafkammer II. Samstag, den 26. März, Vormittags halb 9 Uhr. 1. Friedrich Sämann von Zaisenhausen, wegen Körperverletzung. 2. Paul Brückel von Erzingen, wegen Jagdvergehens. 3. Moritz Kraut von Neibsheim, wegen Verbrechens gegen § 176³ Str.-G.-B. 4. Jakob Friedrich Bauer von Pforzheim, wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung. 5. Albert Engelhardt von Pforzheim, wegen Diebstahls. 6. Gottlieb Heidegger von Brötzingen, wegen unerlaubten Ausspielens. 7. Theodor Pfeifer von Hamburg, wegen Vergehens gegen § 181 Str.-G.-B. 8. Alexander Holz von Ulm, wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung.

* **Frühling.** Bei der Eisenbahnhauptwerkstätte stehen blühende Pfirsichbäume. Jetzt Vivant sequentes!

Neueste Nachrichten.

Berlin, 24. März. Die Entscheidung in Hubertusstock soll, lt. „Frkf. Ztg.", dahin gefallen sein, daß Caprivi vorläufig Reichskanzler bleibt und Graf Eulenburg Ministerpräsident wird. Von Bötticher mußte aus persönlichen Gründen und, weil er an der Spitze des Reichsamts des Innern unentbehrlich ist, abgesehen werden.

Der bisherige Kultusminister Graf Zedlitz wurde gestern von der Kaiserin empfangen.

Den „Politischen Nachrichten" zufolge findet demnächst eine Konferenz von Delegirten der deutschen, österreichisch-ungarischen und schweizerischen Eisenbahnen statt, um über die Einführung eines gemeinsamen Betriebsreglements, gleichmäßiger Tarife und gleichmäßiger Transportwagen für Vieh und Leichen sich zu verständigen.

London, 24. März. Das Unterhaus verwarf mit 272 gegen 160 Stimmen in zweiter Lesung die Bill betreffend die Einrichtung des Achtstundentags in Bergwerken. Chamberlain unterstützte, Matthews bekämpfte die Bill, wofür kein allgemeines Verlangen vorhanden sei. Die Erwartungen, die man auf die Bill setzte, beruhten auf Täuschung; die Bill sei ökonomisch ungesund.

Tagesordnung für die 13. Sitzung der Ersten Kammer auf Samstag, den 26. März, Vormittags 10 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Denkschrift der Großh. Oberrechnungskammer für den Landtag 1891/92. Berichterstatter Fischer: G. R. v. Göler. 3. Zweite Berichterstattung und Berathung über den Gesetzentwurf, die Pfandrechte für Inhaberpapiere betreffend. Berichterstatter Landgerichtspräsident Dr. v. Rotteck. 4. Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitten vieler Gemeinden aus den Amtsbezirken Lörrach, Schopfheim und Schönau, die Ermäßigung der Gütersendsätze, sowie der Fahrkartenpreise betr. Berichterstatter Landgerichtspräsident Dr. v. Rotteck. 5. Berathung des Kommissionsberichts über den Antrag des Freiherrn v. Hornstein und Genossen in Betreff der Befreiung der landwirthschaftlichen Hofgebäude von der Besteuerung. Berichterstatter Freiherr: G. R. v. Göler.

☞ Des Festes Mariä Verkündigung wegen erscheint die nächste Nummer Samstag Nachmittag.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Handel und Verkehr.

Frankfurt, 23. März. Bei Eröffnung des heutigen Verkehrs zeigte die Börse eine recht freundliche Physiognomie und es machte sich sogar etwas Kauflust geltend. Dieselbe ist nur lediglich dem näher rückenden Ultimo zuzuschreiben, indem für einzelne Hauptspekulationswerthe Deckungen vorgenommen wurden, da man annimmt, daß ein größeres Dekouvert in diesen Papieren vorhanden ist. Die von Wien gemeldete feste Stimmung veranlaßte die Steigerung der österreichischen Eisenbahnaktien, welche auf die Meldung der Presse zurückzuführen ist, daß in Regierungskreisen eine Erhöhung der Gütertarife ventilirt werde, trug gleichfalls dazu bei, den Verkehr günstig zu beeinflussen. Kurz vor Schluß des offiziellen Verkehrs schwächten sich die Kurse jedoch auf die Getreidehausse in Berlin etwas ab. Bankaktien gegen gestern etwas besser. Oesterreichische Eisenbahnwerthe anziehend. Schweizerbahnen setzten ihre Kursbesserung von gestern Abend fort; anregend wirkten für dieses Gebiet die günstigeren Transportaussichten unter Hinweis auf die Handelsverträge. Von ausländischen Renten ist die Höherbewerthung der türkischen Fonds hervorzuheben, für welche sich anhaltend von Paris aus reges Interesse kundgibt und welches mit neuerdings auftauchenden Conversionsplänen in Zusammenhang gebracht ist. Montanpapiere theilweise abgeschwächt. (Fr. J.)

Magdeburg, 23. März. Zucker Rend. 88 %, 17.35 bis 17.50. Kornzucker exkl. v. 92 %, 18.25–18.50. Still. Brodraffinade I. 29.50—.—. Gem. Raffinade II 29.25—.—. Gem. Melis I. 28.50–29.50. Krystallzucker I. 27.50, dto. II. —.—. Rohzucker I. Prod. Transito f. a. B. Hamburg per März 13.70 Br. 13.62½ G., per April 13.72½, bez. 13.75 Br. 13.70 G., per Mai 13.87½, bis 90 bez. 13.90 Br. 13.87½ G., per Juni 14.— bez. 14.07½ Br. 14.02½ G., per Juli 14.20 bez. 14.22½ Br. 14.17½ G., per August 14.35 Br. 14.30 G., per Oktober-Dezember 12.70 Br. 12.65 G.

Bremen, 23. März. (Petroleum.) Raff. Standard white I. 6.15. — Schmalz 35.—. — Baumwolle still. Upland middling loco 35.50, desgl. I. Basis middling per März 35.—, per April 35.—.

Hamburg, 23. März. Kaffee good aver. Santos per März 67½, per April 67½, per Mai 67½, per Juni 66¾, per Juli 65¾, per August 65¼, per September 65¼, per Oktober 63¾, per November 63.—, per Dezember 62¾, per Januar 62.—. — Rübenzucker: I. Produkt Basis 88 %, Rendement, neue Usance, frei am Bord Hamburg, per März 13.60—, per Mai 13.85, per Aug. 13.92½, per Oktober 12.85—.

Stadt Brüssel 100 Fr.-Loose vom Jahre 1886. Ziehung am 15. März 1892. Auszahlung am 2. Jan. 1893. Gezogene Serien: Nr. 356 505 4021 11274 13970 14021 14157 17809 21561 23419 24934 25148 25894 29490 31512 36524 36732 38866 41308 42604 44632 46173 47440 50939 55800 56889 57231 63868 64074 67634 70641 70582 73848 74447 75302 82144 84763 85501 89154 89475 96513 96438 98117 100191 104045 116602 111183 111514 114008 115475. Hauptpreise: Serie 47440 Nr. 19 100,000 Fr. Serie 25694 Nr. 4 2500 Fr. Serie 94934 Nr. 19 1000 Fr. Serie 505 Nr. 24, Serie 100191 Nr. 9 je 500 Fr. Alle übrigen in den gezogenen Serien enthaltenen Nummern je 150 und 110 Fr. (Ohne Gewähr.)

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebot: 22. März. Friedrich Eindlinger von Hausenerwald, Wirth hier, mit Eva Stumpf von Großlangheim.

Geburten: 20. März. Frieda Franziska, Vater Franz Schmidt, Bäckermeister. — 21. März. Elise Katharina, Vater Jakob Wenner, Schreiner. — 22. März. Grethchen, Vater Wilhelm Bibricher, Schreiner.

Todesfälle: 21. März. Luise, alt 7 Monate 8 Tage, Vater Leopold Gräbener, Hofgärtner. — 22. März. Ernst Christian Schönberger, Hauptlehrer, ein Ehemann, alt 39 Jahre.

Auswärtige Todesfälle.

Freiburg: Dr. Rudolf Thiry, prakt. Arzt, 61 J.
Au bei Freiburg: Andreas Frei, Landwirth, 62 J.
Haltendorf: Maria Agatha Kopp, geb. Zundel, 71 J.
Hausen: Karoline Klemm, geb. Huber, 39 J.
Lahr: Franziska Haugenstein, 53 J.
Offenburg: Walburga Litterst, geb. See, 77 J.
Schopfheim: Karl Ernst Eckardt, Rentner aus Frankfurt a. M.
Dill-Weißenstein: Luise Kohl geb. Beck.
Konstanz: Theresia Müller. — Benedikt Kinzelmann, Kübleremeister, 69½ J.
Lahr: Luise Grieb geb. Nestler.
Lörrach: Schwester Perpetua, Oberin der barmherzigen Schwestern des St. Vinzentiusvereins.
Oberrothweil: Katharina Helber, geborene Berger, 48½ J.
Pforzheim: Ludwig Mack aus Waldangelloch. — Karoline Ungerer, geb. Schneider, 59 J. 4 M.
Zunsweier: Felix Beck, Kantor und Zitherspieler, 35 J.

Die Post-Abonnenten

des „**Badischen Beobachters**“ werden gebeten, ihr Abonnement

rechtzeitig

zu erneuern, damit in der Zusendung keine Unterbrechung eintritt.

Neue Abonnenten

erhalten gegen Einsendung der Abonnements-Quittung für das zweite Vierteljahr 1892 schon von jetzt den „Badischen Beobachter“ umsonst und portofrei von der Expedition zugesandt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Theilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung meines, von kurzem, aber sehr schwerem Leiden erlösten lieben unvergeßlichen Gatten

Johann Fuchs,
Kassier,

spreche ich hiermit tiefgerührt meinen aufrichtigsten Dank aus. Wohlthuend und tröstlich für mich war die Betheiligung am Begräbnisse seitens des hiesigen „Katholischen Arbeiter-Vereins“, welchem ich für das gütigst gewährte Sterbe-Beneficium von 50 M. noch besondern Dank sage.

Das erste hl. Meßopfer für die Seelenruhe des Verstorbenen findet künftigen Samstag, früh 7 Uhr, statt.

Die tieftrauernde Wittwe:
Maria Fuchs.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten des im hiesigen Bürgerspitale weilenden hochwürdigen Herrn Pfarrers

H. J. Mayland,

sei für die zahlreichen Beweise wohlwollender und herzlicher Theilnahme bei Gelegenheit seines Geburts- und Namensfestes hiemit der tiefgefühlteste Dank ausgesprochen.

Im Namen des hochwürdigen Herrn Pfarrers, der z. Z. Krankheits halber dieser angenehmen Pflicht durch Privatschreiben zu genügen leider nicht im Stande ist:

J. H. Knebel, cand. theol.
Würzburg, den 23. März 1892.

Gottesdienst.

Fest Mariä Verkündigung.
Freitag, 25. März 1892.

Katholische Stadtpfarrei St. Stefan.

6½ Uhr Frühmesse.
7½ Uhr hl. Messe.
8½ Uhr hl. Messe.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Dekan Benz.
11½ Uhr Kindergottesdienst: Herr Kaplan Bopp.
3 Uhr Vesper.
Beichtgelegenheit: Donnerstag von 3 bis 7 Uhr, Freitag von Morgens ½6 Uhr an.
Ewige Anbetung:
Samstag von Abends 4 bis 6 Uhr
Sonntag von Morgens 6 bis Abends 6 Uhr.

Liebfrauenkirche.

6½ Uhr Frühmesse.
8½ Uhr Kindergottesdienst: Herr Kaplan Mahler.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Repetitor Dr. Meyer.
2 Uhr Vesper.
4 Uhr Andacht für christliche Mütter.

St. Peter- und Paulskirche
(Stadttheil Mühlburg).

6 Uhr Beichtgelegenheit.
Früh ½7 und ½8 Uhr Austheilung der heiligen Kommunion.
9½ Uhr Hauptgottesdienst.
2 Uhr feierliche Vesper und St. Josefs-Andacht.

Ettlingen.

6 Uhr Frühmesse.
8 Uhr Schülergottesdienst.
9½ Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt.
2 Uhr Vesper.

Für die
Kaplanei bei der St. Michaelskapelle
sind eingegangen von:
Ungen. in Untergrombach 3 M, ebenda 1 M, ebenda 2 M, ebenda 3 M, desgleichen 10 M. H. M. in Heidelberg 3 M, Kath. F. in Untergrombach 1 M. J. F. das. 50 J. Ungen. in Bruchsal 2 M, J. H. in Obergrombach **100 M**. Ungen. in Bruchsal 1 M. Ungen. ebendaselbst 10 M. Den edlen Gutthätern wünscht ein herzliches „Vergelt's Gott“ und bittet um weitere Gaben.
Untergrombach, 18. März 1892.
Hutterer, Pfarrer.

5. populär-wissenschaftlicher Vortrag für Katholiken in Karlsruhe.

Dienstag, den 29. März, Abends 8 Uhr, im großen Rathhaussaale

Vortrag

des Herrn Pfarrer **Dr. Rody**
über
„König Lear“,
von Shakespeare.

Zu dem Vortrage haben auch Damen Zutritt.

Der **Eintrittspreis** für den Vortrag beträgt **1 Mark** für **reservirten** Platz und **50 Pfg.** für **nichtreservirten**.

Karten können in Empfang genommen werden in der Agentur der Literarischen Anstalt, Ecke der Herren- und Erbprinzenstraße, bei Herrn Buchbinder Dorer, Erbprinzenstraße 19, sowie in der Expedition des „Badischen Beobachters“, Adlerstraße 42.

Für die **reservirten** Plätze werden die Karten nur in der Agentur der Literarischen Anstalt abgegeben.

Am Vortrags-Abend sind noch Karten am Eingange in den Saal zu haben.

Zu zahlreichem Besuche ladet höflichst ein

Das Komitee.

An die katholischen Badener

richte ich hierdurch die herzinnige, sehentliche Bitte, dem in **Berlin**, wie nunmehr allgemein bekannt, herrschenden Mangel an katholischen Kirchen auch dadurch mit beseitigen helfen zu wollen, daß sie mir einen Baustein zur Errichtung einer **Kirche** für die bisher auf eine armselige **Kapelle** aus **Fachwerk** angewiesene **Pius-Gemeinde** recht bald einsenden. Wir möchten noch gern im Herbste dieses Jahres den Bau beginnen, aus eigener Kraft aber ist die Piusgemeinde, die **ärmste** aller Berliner katholischen Gemeinden, nicht im Stande, das noch Erforderliche aufzubringen. Darum nochmals katholische Glaubensgenossen im katholischen Badener Lande, die Ihr gewiß manchen Verwandten oder Bekannten hierselbst habet, helft uns, damit wir bald in einer massiven **Kirche** statt in einem morschen Fachwerkbau Gottesdienst halten können. Gott soll's lohnen! Die Gem inde betet täglich mit dem Unterzeichneten nach der hl. Messe ausdrücklich „für die Wohlthäter der Pius-Kapelle“. Im Juni wurden für dieselben 4 Hochämter gelesen und im November 4 Requiems für die verstorbenen Wohlthäter abgehalten. 25.20

Pfarrer Frank bei St. Pius, Berlin, Pallisadenstraße 73.

Wiener Schuhwaaren-Lager
S. Illig,
Kaiserstraße 199a,
Ecke der Waldstraße,

empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und **Schnürstiefel** in prima Kalb-, Rind-, Chevreau- und L-leder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 6.50 an.
Herren-Zug- und **Schnürschuhe** in verschiedenen Sorten.
Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an.
Damen-Zug- Knopf- und **Schnürstiefel** in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.
Damen-Knopf- und **Schnürschuhe** von den einfachsten bis zu den feinsten Sorten.
Knaben-, Mädchen- und **Kinder-Stiefel** und **Schuhe**.
Große Auswahl in **Pantoffeln** und **Schlappen**.
Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Lacke, Cirèeme, Schuhlöffel, Knöpfe, Stiefel-Ein- und **Anzieher** u. s. w. 30

Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.
Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt.

Gänzlicher Ausverkauf
wegen Ladenwechsel sämmtlicher
Schuhwaaren
zum Fabrikpreise.

Bei Einkauf von Mk. 20.— gewähre noch 5% Rabatt. 40.24
Bestellungen nach Maass, sowie Reparaturen werden prompt und solide ausgeführt.

Carl Goldmann, Schuhmacher,
235 Kaiserstraße 235.

Vom 10. April ab befindet sich mein Geschäft in unveränderter Weise
227 Kaiserstrasse 227.

Sämmtliche Neuheiten
in
Jaquettes, Promenademänteln, Regenmänteln, Radmänteln, Kindermänteln, Capes, Umhängen, Confirmantenjacken etc.
sind in **überraschend großer Auswahl** eingetroffen und empfehle solche
zu den anerkannt billigsten Preisen.
E. Cohen, Damenmäntel-Fabrik,
Kaiser- und Lammstraßen-Ecke. 13

ITALIEN.
Nur auf kurze Zeit!
Großer italienischer
Schirm-Ausverkauf.
Buschini aus Italien
ist soeben eingetroffen mit überraschend großartigem Lager in **Sonnen- und Regen-Schirmen**, das **Neueste** für die **Saison 1892**. Gute und reelle Waaren wie seit vielen Jahren; bekannt zu **enorm spottbilligen Preisen.** Größte und billigste Bezugsquelle. Bitte meine werthe Kundschaft, genau auf meine Firma zu achten. Um recht zahlreichen Besuch bittet
Pietro Buschini aus Italien,
zur Zeit in Karlsruhe, **110 Kaiserstraße 110**, im Hause der Druckerei des Landesboten.

Karlsruher Colosseum,
jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,
Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.
= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm =
Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich. 5
Von jetzt an auch Samstags-Vorstellung, erstmals
Samstag, den 26. März

Färberei für **Damenkleider** und **Stoff** in allen Farben, **Herrenkleider** im ganzen Zustande, Möbelstoffe, Plüsch etc.

C. L. Timeus,
Kunstfärberei und chemische Waschanstalt,
21 Marienstrasse 21,
Karlsruhe.

Chemische Wascherei von **Damen- u. Herren-Garderoben**, Teppichen, Decken, **Wascherei** und **Crèmefärben** von **Tüllvorhängen.** 6.1

Sorgfältige, rasche und billige Ausführung.

Herren-Oberhemden,
Einsätze,
rein Leinen, von **50** Pfg. an,
Kragen, Manschetten.
Hyott's echte
Gummi-Wäsche,
Cravatten-Neuheiten,
Hosenträger, Taschentücher,
sowie
Normal-Unterkleidung,
Hemden, Hosen, Jacken,
Socken und Handschuhe
in **größter Auswahl billigst** bei 4.1
Oscar Beier,
Kaiserstraße 141,
nächst dem Marktplatz.

Leop. Benkert,
Bahnhofstraße Nr. 32,
empfiehlt sich in **Gas-** und **Wasserleitungs-Einrichtungen**, zu **Closet-** und **Badanlagen, Baublechnerei. Reparaturen** aller Art unter Garantie billig. 21

Eine Frau empfiehlt sich im Waschen und Bügeln und sichert prompte und reelle Bedienung zu. Näheres **Hirschstraße 42, 4. Stock**; ebendaselbst wäre auch ein **Kinderchaiswagen** billig zu verkaufen. 3.1

Notirungen der
Frankfurter Börse
vom 23 März 1892.

Staatspapiere.

4	%	Deutsche Reichs-Anl. M.	106 70.
3½	„	„ „ „	99 10.
3	„	„ „ „	84.90 80
4	„	Preuss. Konsols „	106 50 40
3½	„	„ „ „	99 20
3	„	„ „ „	84 90
4	„	Bayer. Abl.-Rente fl.	102 90
4	„	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	104 70 60
4	„	Badische Obligationen fl.	102 90 90
4	„	„ „ v. 1886	104 45 9.
4	„	Oest. St.-Sch. Gold Rbl.	98 40 [illegible]
4	„	„ Goldrente fl.	96 94.96
4⅕	„	„ Silberr. „	80 20
4⅕	„	„ Papier. „	80 60.
4	„	Ungar. Goldrente „	92.10.
5	„	„ Papierrente	87 86 40
4½	„	Portugies. Staatsanl.	34.80.
4½	„	„ Tabak-Anl.	67.80.70
3	„	„ Ausl. (Kl.)	—
4	„	Rum. Gold-Anleihe fl.	109.30 10

4	„	Span. ausl. Rente	58.8
5	„	Italien. Rente	—
4	„	Serbien. Goldrente	77.70.
5	„	Serbien. St. E. Hyp. Obg.	77.70
		Bank-Aktien.	
4½	%	Deutsche Reichsbank	148 70.60
4	„	Badische Bank	117 70.80
4	„	Darmstädter Bank	—
5	„	Oest. Kreditb. (Ultimo)	[illegible]
4	„	Rhein.	118 [illegible]
4	„	Deutsche Bank	155.80.
4	„	Deutsche Union-Bank	89—.
		Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
4	%	Heidelberg-Speyer Thlr.	[illegible]
4	„	Hessische Ludwigsb. „	10[illegible] 0
4	„	Ludwigsh.-Bexbach fl.	[illegible]
4½	„	Pfälzer Maxbahn	141.80 00
4	„	„ Nordbahn	11[illegible] —
		Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
5	%	Albrecht ö. W. 200 fl.	78 70
5	„	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	245½
5	„	„ Nordwestb. fl.	179½
4	„	„ Lit. B. Elbthal „	20[illegible]
4	„	Schweiz. Centralb. Fr.	126.60
4	„	Gotthardbahn „	153.40 10
		Prioritäten.	
5	%	Albrecht ö. W. 300 fl.	86.—
5	„	„ in Gold 400 M.	
5	„	Oester. Südbahn	168.—.
5	„	„ „ 1871	—
5	„	„ Ung.-Staatsb. 1873	106 [illegible]
3	„	„ Staatsb. 1.—8. Em.	84 —
3	„	„ „ 9. Em.	81 80.
4	„	„ „ Ergänz.	82 80 30
5	„	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	—
		Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½	%	Preuss. 100 Thlr.	
3½	„	Köln-Mindener 100 Thlr.	133 10
4	„	Bayerische 100 Thlr.	14 .10
4	„	Badische 100 Thlr.	138 37.50
4	„	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	12[illegible]
4	„	Oldenburger 40 Thlr.	127 80.80
5	„	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.	122.50
5	„	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.	123 50
		Unverzinsliche Anlehens-Loose.	
		Braunschweiger 20 Thlr.	103 80 40
		Augsburger 7 fl.	[illegible]
		Ansbacher 7 fl.	[illegible]
		Meininger 7 fl.	26 00.50
		Pappenheimer	30.50
		Freiburger 15 Fr.	42—.
		Mailänder 45 Fr.	18 60.
		„ 10 Fr.	
		Wechsel. K. S.	
		Amsterdam 100 fl.	168.55
		Antwerpen 100 Fr.	81.05 10
		Schweiz 100 Fr.	80.80 05
		Wien 100 fl. ö. W.	171 75
		Paris 100 Fr.	81 15 20
		London	20.415
		Pfandbriefe.	
4	%	Rhein. Hypothekenbank	100 80.
3½	„	„ „	94 80.
4	„	Bayer.	102.—.
4	„	Württemb.	102.20 10
		Verfallene Coupons.	
		Oester. Papier	171 40
		Amer. U. St.- u. E. B.	4.17

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Küstgers. — Für den badischen und lokalen Theil: B. Hafner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.